

# 22. Parteitag der DKP

2. – 4. März 2018, Frankfurt/Main



## Arbeitsheft 3.1

### Anträge zum Leitantrag

***Die Offensive des Monopolkapitals stoppen.  
Gegenkräfte formieren. Eine Wende zu Friedens-  
und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und  
sozialem Fortschritt erkämpfen.***

★ LA000 - LA080



# **Inhalt**

**Anträge LA000 - LA080**

## Antrag Nr. LA000

**Antragsteller:** Parteivorstand

Die Offensive des Monopolkapitals stoppen. Gegenkräfte formieren. Eine Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt erkämpfen (Der Text des Leitantrages ist in den Arbeitsheften nicht enthalten. Es gibt ihn als eigenes Dokument.)

## Antrag Nr. LA001

**Antragsteller:** Gruppe Hamburg-Süd

**Zeilen:**

**Antragstext::**

Der 22. Parteitag möge beschließen:

Keine Verabschiedung des Leitantrages

1. Der Parteitag lehnt die Verabschiedung des Leitantrages des PV ab, weil er wegen der vielen ungeklärten Fragen und Widersprüchen in der Partei ungeeignet ist, die Partei auf Grundlage einer wissenschaftlich fundierten kommunistischen Strategie und Taktik zu vereinen.
2. Er verweist den Antrag als Material für den notwendigen Klärungsprozess der durch den Leitantrag aufgeworfenen Fragen an den Parteivorstand bzw. an die für den Klärungsprozess zuständige Kommission des Parteivorstandes.
3. Die praktische Arbeit der Partei für die kommenden 2 Jahre gründet sich auf den vom 21. Parteitag verabschiedeten Leitantrag und den auf diesem Parteitag verabschiedeten Organisationspolitischen Antrag.

**Begründung:**

Der Leitantrag ist u.E. in zentralen Punkten falsch, zudem über weite Strecken wenig konkret und daher insgesamt für die strategische Anleitung der Praxis untauglich. Eine alle Kritikpunkte umfassende Begründung: hätte selbst die Länge des Leitantrages. Wir konzentrieren uns daher auf eine ausführliche Begründung: nur eines, aber zentralen Kritikpunktes, nämlich – das falsche Bild von der Klassenstruktur in der hochentwickelten kapitalistischen BRD und die Folgen für die Linie der Partei:

Im Vorwort zum Leitantrag wird der Kritik „von links“ an der AMS vorgeworfen, „Nebenfragen“, wie die nach „Bündnismöglichkeiten mit nicht-monopolistischen Teilen der Bourgeoisie, die es gibt“ zu zentralen Fragen zu machen. Nebenfragen? Auf den ersten Blick sieht das tatsächlich so aus:

- Denn beide, „Antimonopolisten“ und „Antikapitalisten“<sup>1</sup> in der DKP, sprechen von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der zentralen Bedeutung ihrer Aktionseinheit.
- Tatsächlich wollen auch die Antikapitalisten die Zwischenschichten zwischen Bourgeoisie und Proletariat, also alle, die in erster Linie von eigener werktätiger Arbeit und nicht von der Ausbeutung der Arbeitskraft anderer leben, für den Sozialismus gewinnen. Dazu gehören die meisten der ca. 2,5 Mio. Solo-Selbständigen und sicher auch ein Großteil der etwa 0,75 Mio. weiteren Kleinunternehmen. Die können für den Sozialismus gewonnen werden, weil die schrittweise Vergesellschaftung ihrer Arbeit über Genossenschaften sie von ihrer prekären Existenz im Kapitalismus befreien würde.
- Beide Seiten sind sich wohl auch einig, dass die knapp 20.000 Großunternehmen Feinde sind, (obwohl übrigens nicht alle von denen alle Merkmale eines Monopols erfüllen). Dann bleibt eine überschaubare Streitmenge von gerade einmal 375.000 kleinen und mittleren Unternehmen<sup>2</sup>.
- Außerdem sind die Antikapitalisten natürlich dafür, dass die Arbeiterklasse in allen Kämpfen, besonders solchen zur Verhinderung eines Krieges und gegen Demokratieabbau, die Widersprüche im Lager des Klassengegners, also auch solche zwischen Monopolen und Nichtmonopolen, ausnutzen muss.
- Schließlich ist beiden Seiten klar, dass auf absehbare Zeit wegen unserer Schwäche

weder Spielräume für ein Bündnis noch für ein Ausnutzen der Widersprüche bestehen.

Also drängt sich die Frage auf, worum geht es eigentlich in diesem Streit? Genauer betrachtet geht es bei dieser Streitfrage und dem Zusammenhang, in dem sie steht, darum, ob die Partei eine revolutionäre oder eine opportunistische Linie verfolgt:

1. Im Leitantrag wird verschwiegen, für welche der konstruierten Kampfetappen das angestrebte Bündnis mit der nichtmonopolistischen Bourgeoisie gelten soll. Gilt sie bis zur „Wende zum demokratischen und sozialen Fortschritt“, oder bis in die Etappe, der „Schwächung und Zurückdrängung“ der Monopole, also der Kampfetappe „die schon kein Kapitalismus mehr“, aber „noch kein Sozialismus“ sein soll, oder bis zum „revolutionären Bruch“, oder gar bis weit in den Aufbau des Sozialismus hinein? Kluge Vertreter der AMS sehen eine Bündnismöglichkeit nur bis zum Ende der antimonopolistischen Etappe, denn das nichtmonopolistische Kapital ist ja vielleicht gegen die Monopole, aber wohl kaum gegen den Kapitalismus überhaupt. Diejenigen aber, die ein solches Klassenbündnis auch noch für die Revolution und im Sozialismus verfolgen wollen, müssen sich fragen lassen, was für einen Sozialismus sie eigentlich anstreben, in dem etwa 40% der Lohnabhängigen weiterhin der privaten Ausbeutung unterliegen. Und ob sie wirklich meinen, dass man für einen solchen Sozialismus die Arbeiterklasse, besonders die 40%, die in den kleinen und mittleren Unternehmen arbeiten, gewinnen kann.

2. Die aber, die eine Bündnismöglichkeit nur bis zur „antimonopolistisch-demokratischen“ Kampfetappe sehen, müssen sich fragen lassen, warum sie die Arbeiterklasse und ihre für den Sozialismus gewinnbaren Bündnisschichten eigentlich nicht direkt auf den „revolutionären Bruch“ mit dem Kapitalismus – also antikapitalistisch orientieren? Umgekehrt gefragt, machen sie den antimonopolistischen Umweg zum Sozialismus eigentlich nur wegen des Bündnisses mit den knapp 300.000 Unternehmen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, die uns dann beim revolutionären Bruch ohnehin wieder von der Fahne gehen? Obwohl der Leitantrag versucht, klare Festlegungen möglichst zu umschiffen, scheint das genauso so zu sein: Hier und heute und noch eine ganze Weile bis zur antimonopolistisch-demokratischen Etappe will der Leitantrag auf „antimonopolistische Bündnisse“ (Zeile 951) orientieren. Den Sozialismus will der Leitantrag solange als „langfristiges Ziel“ nur „nie verschweigen“ (Zeile 817). Damit das klappen kann, müsste man das mit dem „langfristigen Ziel Sozialismus“ aber absolut ins Ganz-Kleingedruckte verbannen, sonst sickert das womöglich noch bis zu den Bündnispartnern aus der Kapitalistenklasse durch und die schlagen sich ins Lager der Monopole. Müssten wir aber nicht gerade heute, wo es darum geht, die Avantgarde der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu gewinnen, den Sozialismus und den revolutionären Weg dahin herausposaunen?<sup>3</sup> Denn warum sollte die Avantgarde sonst zu uns und nicht zur Linkspartei gehen? Hier gibt es keinen Mittelweg: Wenn man meint, wir brauchen die kleine und mittlere Bourgeoisie zur Entmachtung der Monopole, weil diese und der mit ihnen „vereinigte“ Staatsapparat sonst zu stark sind, dann müsste man konsequenterweise bis zur Zurückdrängung der Monopole auf die Gewinnung der Arbeiterklasse für den Sozialismus verzichten und auch die Arbeiterklasse nur auf Antimonopolismus orientieren oder man erzählt allen nichtmonopolistischen Klassen und Schichten, dass Sozialismus ein Produktionsverhältnis wie in China ist, in dem tüchtige private Unternehmen bis zum Monopol aufsteigen können.

3. Diejenigen, die für ein Bündnis mit der nichtmonopolistischen Bourgeoisie sind, müssen sich fragen lassen, was sie eigentlich für ein Bild von den Klassenwidersprüchen in einem hochentwickelten kapitalistischen Staat wie der BRD haben? Kluge Vertreter der AMS sehen natürlich, dass auch die nichtmonopolistische Bourgeoisie in einem antagonistischen Klassenwiderspruch zur Arbeiterklasse steht (die eine Klasse beutet halt die andere aus). Kann die Arbeiterklasse trotzdem mit ihrem antagonistischen Klassengegner für die nächsten Kampfetappen zu einem Bündnis kommen? Das könnte nur gehen, wenn es einen gemeinsamen Feind gäbe, zu dem für beide, Arbeiterklasse und nichtmonopolistische Bourgeoisie, der Widerspruch noch stärker wäre als der Klassenwiderspruch gegeneinander. Dieser alle anderen Widersprüche überlagernde gemeinsame Feind, sei – so die Antimonopolisten – das Monopolkapital. Logisch zu Ende gedacht bedeutet das, dass diese zur Analyse gelangt sein müssten, dass der derzeit die Gesellschaft bestimmende Grundwiderspruch nicht mehr der zwischen Lohnarbeit und Kapital ist, sondern der zwischen den Monopolen und den nichtmonopolistischen Klassen und Schichten. Das habe ich in der Grundlagenschulung in der SDAJ zumindest anders gelernt. Monopolistische und nichtmonopolistische Teile der Bourgeoisie leben bei allen Widersprüchen zwischen ihnen von dem der Arbeiterklasse abgepressten Mehrwert. Der erzeugte Mehrwert ist in den kleinen und mittleren Unternehmen wegen der geringeren orga-

nischen Zusammensetzung und wegen des häufig unter dem Wert der Arbeitskraft liegenden Lohns in der Regel höher als in den Großbetrieben. Den Monopolen gelingt es aufgrund des Gesetzes vom tendenziellen Ausgleich der Profitrate und auf Grund ökonomischer und außerökonomischer Machstellungen, einen Teil des bei den „Kleinen“ produzierten Mehrwerts an sich zu ziehen. Dennoch aber leben erstens beide als Vampire vom Blut der Arbeiter. Zweitens gibt es ein gemeinsames Interesse aller Kapitalisten an einer hohen Mehrwertrate. Je höher sie ist, desto mehr kann innerhalb der verschiedenen Abteilungen der Kapitalistenklasse umverteilt werden. Und drittens stehen Monopole und Nichtmonopole in wechselseitiger Abhängigkeit: Ohne abhängige kleine und mittlere Unternehmen können die Monopole keinen Monopolprofit realisieren und ohne die ihnen von den Monopolen zugewiesene Nische können die kleinen und mittleren Unternehmen nicht mal das Mindestmaß an Profit, den sog. Unternehmerlohn, realisieren. Trotz tiefer Widersprüche auf der Ebene der Verteilung des abgepressten Mehrwerts bilden daher Monopole und nichtmonopolistische Kapitalisten nach wie vor eine Klasse, die als Klasse insgesamt der Arbeiterklasse feindlich gegenübersteht. Deshalb agiert auch der Staat bei aller strukturellen und personellen Verflechtung mit dem Großkapital nach wie vor als ideeller Gesamtkapitalist und betreibt auch eine „Mittelstandsförderung“ und zwar im wohlverstandenen Eigeninteresse der Monopole<sup>4</sup>

Ist aber der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital auch im monopolistischen Kapitalismus der Grundwiderspruch, dann entscheidet diese Trennlinie über Freund und Feind. Die logische Konsequenz dieser Beschreibung des Grundwiderspruchs ist eine antikapitalistische Strategie, die sich gegen die Kapitalistenklasse insgesamt richtet, zu der als wichtiges Element aber das Ausnutzen von Widersprüchen im Lager des Klassenfeindes und nicht zuletzt des Widerspruchs zwischen Monopolen und Nichtmonopolen zählt<sup>5</sup>. Die antimonopolistische Strategie hingegen setzt an einem Nebenwiderspruch der Gesellschaft an, den sie aber zum Hauptwiderspruch erklärt.

4. Will man trotz der beschriebenen gesellschaftlichen Struktur ein Bündnis der Arbeiterklasse mit Teilen des Klassegegners Bourgeoisie erreichen, dann ist das nur vorstellbar, wenn sich eine der beiden Klassen unter (mindestens teilweisem) Verzicht auf eigene Interessen der anderen unterordnet. Und der, der das Bündnis will, muss sich fragen lassen, welche Klasse diesen Preis für das Bündnis zahlen soll. Das kann nur die Arbeiterklasse sein, denn das Klasseninteresse des nichtmonopolistischen Bourgeois bringt ihn eben nicht grundlegend in Widerspruch zum „System“. Und das bedeutet zwingend, dass die Arbeiterklasse ihn in ein Bündnis nur durch Verzicht auf eigene Klasseninteressen locken kann. Wer als Befürworter der AMS demgegenüber den Interessen der Arbeiterklasse immer Vorrang vor den Interessen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie geben will, muss sich sagen lassen: Auch hier gibt es keinen Mittelweg: Wenn die Interessen der Arbeiterklasse immer Vorrang haben, dann muss man den Klassenkampf auch in den kleinen und mittleren Unternehmen verschärfen und so die Aktionseinheit der Arbeiterklasse vorantreiben. Tut man das in der Praxis, dann gibt es keinen Unterschied zwischen Antimonopolisten und Antikapitalisten, aber es gibt dann eben auch kein Bündnis mit dem nichtmonopolistischen Kapital. Will man aber dieses Bündnis, dann kann man – objektiv betrachtet – den Interessen der Arbeiterklasse nicht immer Vorrang geben und wird, wenn man dabei bleibt, in der Sozialpartnerschaft enden.

Anmerkungen:

1. Diese schlagwortartige Bezeichnung dient der Abkürzung. Sie kennzeichnet die Hauptstoßrichtung der Strategie der jeweiligen Position – wohl wissend, dass „Antikapitalisten“ auch gegen Monopole sind und „Antimonopolisten“ auch was gegen den Kapitalismus insgesamt haben.
2. Es geht um Unternehmen zwischen 10 und 250 Beschäftigten, in denen zusammen knapp 40% der Lohnabhängigen arbeiten. Da etwa 80.000 dieser Unternehmen eigentumsrechtlich Teil einer Konzernstruktur sind, bleiben als „Streitmenge“ sogar nur knapp 300.000 übrig.
3. „Die proletarische Avantgarde ist ideologisch gewonnen“ (Lenin, „Der Linke Radikalismus...“).
4. Ausführlichere Argumentation zur Klassenstruktur im aktuellen Kapitalismus im grundlegenden Beitrag von Ansgar Knolle-Grothausen zur Programmdiskussion 2003, der dann keinen Eingang ins Programm gefunden hat: <http://www.dkp-online.de/marxbild/doku/oeko-kap.pdf>
5. Zum konkreteren Verständnis des Unterschiedes zwischen einem Bündnis der Arbeiterklasse mit anderen Klassen und Schichten und dem Ausnutzen von Widersprüchen im Lager der gegnerischen Klassen und Schichten empfehlen wir die Lektüre des Kapitels „Über die antifaschistische Volksfront“ (= Klassenbündnis) und des Kapitels „Der Faschismus – eine grausame, aber keine feste Macht“ (= Ausnutzen von Widersprüchen im Lager der Bourgeoisie) in „Arbeiterklasse gegen den Faschismus“ von Dimitroff und grundlegend das Kapitel VII „Strategie und Taktik“ in „Über die Grundlagen des Leninismus“ von Stalin.



174 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Ablehnung**

175 **Begründung:**

176 Die AK kann der Begründung: für die Ablehnung des Leitantrages des PV nicht folgen. Der  
177 Leitantrag stellt nach Auffassung der AK eine sinnvolle Grundlage für die Strategieentwicklung  
178 der Partei dar.

179 Die Diskussion über Fragen der Strategie und die programmatische Ausrichtung der DKP wird  
180 damit nicht als beendet erklärt. Sie wird wie es in der „Erklärung des Sekretariats“ im Auftrage  
181 der 11. PV-Tagung formuliert ist, bewusst, strukturiert und kollektiv fortgesetzt.

182 **Anlage:**

183 An die Mitglieder der DKP  
184 Sekretariat des Parteivorstands der DKP  
185 UZ-Ausgabe vom 1. Dezember 2017

186  
187 Liebe Genossinnen und Genossen,

188  
189 wir wenden uns im Ergebnis der Diskussionen der 11. Tagung des Parteivorstands am  
190 25./26. November 2017 an Euch. Unsere Partei ist in einer sehr komplizierten Situation. Der  
191 Kurs der Partei und ihres Vorstands wird von „links“ und von „rechts“ kritisiert. Auf beiden Sei-  
192 ten verlassen Genossinnen und Genossen die Partei oder tragen sich mit dem Gedanken, die  
193 Partei zu verlassen.

194 Einige Genossinnen und Genossen befürchten eine sektiererische Verengung der Partei. Sie  
195 machen das fest an der Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern und dem Antrag des  
196 Parteivorstandes an den 22. Parteitag, die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der DKP mit  
197 der Mitgliedschaft im sogenannten „Netzwerk kommunistische Politik in der DKP“ festzustellen.  
198 Wir möchten festhalten, dass wir diese Beschlüsse gefasst haben, weil wir einen klaren Auftrag  
199 des 21. Parteitags hatten. Wir möchten darauf verweisen, dass sich diese Beschlüsse nicht  
200 gegen unterschiedliche Positionen in umstrittenen Fragen, sondern gegen das Aufkündigen des  
201 gemeinsamen Handelns und die Bildung von fraktionellen Strukturen richten. Wir haben mehr-  
202 fach geäußert, dass ein Unvereinbarkeitsbeschluss unnötig wird, wenn es vor dem 22. Parteitag  
203 klare Signale gibt, dass Wege zur Überwindung des Netzwerkes innerhalb der DKP und zur  
204 Rückkehr zum gemeinsamen Handeln und zur gemeinsamen Diskussion in den Strukturen der  
205 DKP gesucht werden. In diesem Sinne stehen wir jederzeit für weitere Gespräche zur Verfügung.  
206 Aber auch wenn wir an dem Antrag festhalten müssen, weil diese Signale ausbleiben, und die  
207 Delegierten des 22. Parteitags die Unvereinbarkeit beschließen sollten, bedeutet das nicht den  
208 Ausschluss von Genossinnen und Genossen, die sich dem Netzwerk zugehörig fühlen. Die  
209 Unvereinbarkeit ist dann eine politische Feststellung.

210 Andere Genossinnen und Genossen diskutieren, dass die antimonopolistische Strategie, wie  
211 sie von KPD und DKP erarbeitet wurde und seit Neukonstituierung der DKP unsere grundsätzli-  
212 che Strategie ist, die ideologische Grundlage für das Aufkommen opportunistischer Positionen  
213 sei. Dem widersprechen wir. Wir sind weiterhin überzeugt, dass die antimonopolistische Stra-  
214 tegie die richtige Grundlage zur Überwindung des Kapitalismus ist.

215 Wir sind allerdings der Meinung, dass es falsche Auslegungen dieser Strategie zum Beispiel in  
216 der Macht- und Staatsfrage in der Geschichte der DKP gegeben hat. Sie fanden ihren Ausdruck  
217 in den sogenannten Thesen des alten Sekretariates, die durch den 19. Parteitag zurückgewie-  
218 sen wurden. Die Politik, die daraus entwickelt wurde, hat sich zum Beispiel auf die Bündnispoli-  
219 tik der DKP ausgewirkt. Sie waren auch ideologische Grundlage von „Unite“, der versuchten  
220 Gründung einer Gegenorganisation zur SDAJ. „Unite“ strich das sozialistische Ziel ersatzlos  
221 und nahm damit der Strategie das Ziel und die Orientierung auf die Klassen- und Machtfrage.

222  
223 Wir haben nicht vor, mit dem Leitantrag an den 22. Parteitag und seiner Beschlussfassung eine  
224 Diskussion über die Strategie der Partei zu beenden. Wir sind im Gegenteil ja froh, dass sie jetzt  
225 in Gang kommt. Schon heute wissen wir, dass wir unter anderem folgende Fragen dringend  
226 weiterdiskutieren müssen:

227  
228 *Wer ist, ausgehend vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, der Hauptgegner  
229 in der imperialistischen BRD heute?*

<i>Was kennzeichnet die Produktionsverhältnisse der BRD heute?</i>	232
<i>Welche Klassen und Schichten gibt es heute in der BRD zwischen Proletariat und Bourgeoisie, wie sind deren Interessen?</i>	233
<i>Welches sind die Kräfte des Widerstands, auf welche orientieren wir, wie ist deren Verfasstheit?</i>	235
<i>Was bedeuten die Begriffe Strategie und Taktik und wie gehen wir richtig mit der Strategie und Taktik um?</i>	236
<i>Was bedeutet die führende Rolle der Arbeiterklasse?</i>	237
<i>Was ist Bündnispolitik, was ist Aktionseinheitspolitik?</i>	238
<i>Wie ist die Struktur und das Bewusstsein der Arbeiterklasse?</i>	239
	240
	241
Damit ist klar: Die Diskussion zur Strategie geht in jedem Fall auch nach dem Parteitag weiter.	242
Wenn der Parteitag, wofür wir uns einsetzen, den Leitantrag mit vielen Verbesserungen und Veränderungen aus der Diskussion der Partei annimmt, dann beinhaltet dieser Beschluss die derzeitige Position der DKP zur strategischen Orientierung. Das ist kein Ende der Debatte.	243
Unser Prinzip der Verbindung breiter innerparteilicher Demokratie mit dem Grundsatz der vereinigten zentralisierten Aktion bedeutet Folgendes:	244
Beschlüsse, die das Handeln und Eingreifen der Partei betreffen, werden gemeinsam umgesetzt, unabhängig davon, ob Genossinnen und Genossen oder Gliederungen in der Diskussion und Beschlussfassung eine andere Position hatten.	245
Beschlüsse, die die Positionierung der Partei, also auch die strategische Orientierung enthalten, werden auch von Genossinnen und Genossen, die solche Fragen anders sehen, als Position der Partei respektiert und nach außen dargestellt. Gleichzeitig ist es aber das gute Recht, abweichende Positionen ebenfalls darzustellen und in den Strukturen der Partei für die Veränderung zu wirken.	246
Wir halten Aussagen für falsch, dass sich eine Diskussion mit Mitgliedern, die eine andere Meinung haben, nicht lohne. Wir halten es aber für genauso falsch, einen laufenden Diskussionsprozess durch den Austritt aus der Partei zu beenden.	247
Wir sind eine kommunistische, eine marxistisch-leninistische Partei. Darum wollen wir eine diskutierende, konstruktiv streitende Partei. Darum wollen wir eine gemeinsam handelnde Partei.	248
Wir sind überzeugt, dass es für alle, die eine revolutionäre Politik machen wollen, keine Alternative zur Organisierung in DKP und SDAJ gibt. Wer kommunistische Politik machen will, darf die DKP nicht schwächen.	249
	250
	251
	252
	253
	254
	255
	256
	257
	258
	259
	260
	261
	262
	263
	264
<b>Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:</b>	265
	266
	267
	268
<b>Antrag Nr. LA002</b>	269
<b>Antragsteller: Kreis Tübingen</b>	270
<b>Zeilen: Teil B Zeilen 657–1118</b>	271
<b>Antragstext::</b>	272
	273
Der Parteitag lehnt die Verabschiedung des Teil B des Leitantrags des Parteivorstands ab. Er beschließt die Fortführung der Diskussion der durch den Leitantrag aufgeworfenen Fragen mit dem Ziel, zum nächsten Parteitag Standpunkte der DKP zu Fragen der Strategie und Taktik zu verabschieden. Gleichzeitig beauftragt der Parteitag den Parteivorstand für den 23. Parteitag einen Antrag vorzulegen der einen Prozess zur Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms vorsieht. Ziel des Prozesses ist es die Gesamtpartei zu befähigen die Kontroversen um die Strategie der DKP nachzuvollziehen und sich aktiv beteiligen zu können.	274
Dafür organisiert der Parteivorstand bis zum 23. Parteitag:	275
• Schulungen zur Strategie der Kommunistischen Partei, in Zusammenarbeit mit den Bezirken	276
• wissenschaftliche Untersuchungen zur Klassenanalyse in der heutigen BRD	277
• offene Debatten in Form von Konferenzen und Diskussionstribünen	278
	279
	280
	281
	282
	283
	284
	285
	286
<b>Begründung:</b>	287
Die in Teil B des Leitantrags dargelegte Strategie der DKP ist heftig umstritten. Viele der im Vorfeld des Parteitags heiß diskutierten Fragen werden im Leitantrag umschiff, der Antrag stellt weder	288
	289

290 eine Korrektur noch eine Präzisierung der im Programm formulierten Strategie dar. In der Debatte  
291 um den Leitantrag ist es im Wesentlichen nicht gelungen die Strategie der Partei auf wissenschaft-  
292 licher Grundlage weiterzuentwickeln. Die Debatte in UZ und auf news.dkp.de kam kaum über einen  
293 Meinungsaustausch hinaus, viele Gruppen und Mitglieder sahen sich nicht in der Lage vor Ort  
294 umfassend über den Leitantrag zu diskutieren. Was fehlt ist also eine kollektive Erarbeitung von  
295 Standpunkten zur Strategie der DKP auf der Höhe der Zeit. Aufgrund des Zustands der Partei und  
296 der Klassenkämpfe insgesamt sollten wir uns vor Schnellschüssen hüten. Die beste Strategie hilft  
297 uns nicht weiter, wenn die Partei nicht in der Lage ist diese in der Praxis umzusetzen. Kollektiv  
298 erarbeitete Standpunkte zur Strategie der Partei ersetzen zwar keine umfassende kommunistische  
299 Strategie, aber sie nützen der Entwicklung der Partei aus unserer Sicht wesentlich mehr als Kampf-  
300 abstimmungen über kaum geklärte Fragen. An die Erarbeitung der Standpunkte anschließen soll  
301 deshalb aber auch ein umfassender Prozess zur Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms.

302 Die zu klärenden Fragen zur Strategiedebatte umfassen u. a.:

- 303 • Das Produktionsverhältnis in der BRD und den Grundwiderspruch unserer Gesellschaft
- 304 • Die Zusammensetzung und Interessen der entscheidenden Klassen und Schichten in der  
305 BRD
- 306 • Die Aufgabe und Rolle der Kommunistischen Partei
- 307 • Kommunistische Bündnispolitik
- 308 • Mögliche Etappen zum Herankommen an die sozialistische Revolution

#### 311 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

312 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA001.

313 Ausgliederung und Überweisung an die AK 2 desjenigen Teils des Antrags, der sich mit dem  
314 Thema der Neufassung bzw. Überarbeitung des Parteiprogramms befasst.

#### 316 **Begründung:**

#### 318 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

### 322 **Antrag Nr. LA003**

323 **Antragsteller: Gruppe Hamburg-Süd**

324 **Zeilen:**

325 **Antragstext::**

326  
327 Der 22. Parteitag möge beschließen:

328 Organisierung eines ergebnisoffenen Klärungs- und Diskussionsprozesses zu Strategie und  
329 Taktik

330  
331 1. Der Parteitag beschließt die Organisation eines ergebnisoffenen Klärungsprozesses der  
332 durch den Leitantrag aufgeworfenen Kernfragen mit dem Ziel, den Prozess möglichst bis zum  
333 nächsten Parteitag abzuschließen. Ergebnisoffen bedeutet auch, dass die Antworten erforder-  
334 lichenfalls zu einer Änderung des Programms von 2006 führen können.

335  
336 2. Das Ziel, die Partei auf der Grundlage einer wissenschaftlich fundierten kommunistischen  
337 Strategie und Taktik zu vereinen, erfordert, dass der Klärungsprozess Elemente von

- 338 • parteiweiten Schulungen, insbesondere in den Grundeinheiten und insbesondere von Ori-  
339 ginaltexten der Klassiker,
  - 340 • wissenschaftlichen (empirischen) Untersuchungen und
  - 341 • offenen Debatten auf allen Ebenen der Partei
- 342 enthält.

343  
344 3. Wesentliche zu klärende Fragen sind:

- 345 • Wer ist, ausgehend vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, der Haupt-  
346 gegner in der imperialistischen BRD heute?
- 347 • Was kennzeichnet die Produktionsverhältnisse der BRD heute? Welche Rolle spielt der



Staat in diesem Produktionsverhältnis?	348
• Was bedeutet die führende Rolle der Arbeiterklasse für uns? Wie ist deren Struktur und Bewusstseinslage?	349
• Welche Klassen und Schichten gibt es heute in der BRD zwischen Proletariat und Bourgeoisie? Wie sind deren Interessen?	350
• Welches sind die Kräfte des Widerstandes? Auf welche orientieren wir? Wie ist deren Verfasstheit?	351
• Was bedeuten die Begriffe Strategie und Taktik und wie gehen wir richtig mit ihnen um? Welche Bedeutung haben die Begriffe Offensive und Defensive und Ebbe und Flut der revolutionären Bewegung für die Strategie und Taktik?	352
• Welche strategische und/oder taktische Bedeutung hat der demokratische Kampf für die Arbeiterklasse in der BRD?	353
• Was ist Bündnispolitik? Was ist Aktionseinheitspolitik? Was unterscheidet Ausnutzen von Widersprüchen im Lager des Gegners von Bündnissen?	354
• Gibt es unterschiedliche Phasen des Parteaufbaus, die sich hinsichtlich des Auftretens der Partei nach innen und außen unterscheiden?	355
... und andere sich im Prozess ergebende Fragen	356
	357
4. Der Klärungsprozess wird durch eine dem Parteivorstand zuarbeitende Kommission organisiert. Der Parteitag wählt den Sprecher der Kommission, der in Abstimmung mit dem PV die Kommissionsmitglieder benennt. Wesentliches Auswahlkriterium für die Mitglieder der Kommission ist nicht die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Strömung und deren Proporz, sondern	358
• Fähigkeit den Erarbeitungs- und Diskussionsprozess schrittweise vom Allgemeinen zum Besonderen inhaltlich und organisatorisch zu strukturieren und	359
• brennendes Interesse an einer wissenschaftlich fundierten Klärung der Streitfragen.	360
	361
<b>Begründung:</b>	362
1. Mit dem Antrag knüpfen wir an die Erklärung des Parteivorstandes vom 29.11.2017 an:	363
„Wir haben nicht vor, mit dem Leitantrag an den 22. Parteitag und seiner Beschlussfassung eine Diskussion über die Strategie der Partei zu beenden. Wir sind im Gegenteil ja froh, dass sie jetzt in Gang kommt. Schon heute wissen wir, dass wir u. a. folgende Fragen dringend weiterdiskutieren müssen: ...	364
Diese Fragen haben wir aufgenommen und um wenige Punkte ergänzt. Der Klärungsprozess muss eine der schwierigen Lage der Partei angemessene Struktur haben. Wir halten die Übertragung dieser Aufgabe an eine spezielle dem PV zuarbeitende und entlastende Kommission für erforderlich, um die übrige Arbeit der Partei durch den Klärungsprozess nicht zu lähmen. In der Vergangenheit bestand die Diskussion im Wesentlichen darin, dass eine unübersichtliche Zahl von Beiträgen beziehungslos nebeneinander stand und so eine die Partei voranbringende Debatte nicht möglich war. Die Aufgabe der Kommission besteht deshalb darin den Prozess inhaltlich so zu strukturieren, dass die wirklichen Gemeinsamkeiten und wirklichen Widersprüche herausgearbeitet werden und dann eine die Widersprüche klärende Debatte organisiert wird.	365
	366
2. Den organisierten Klärungsprozess schlagen wir vor, weil es sich lohnt	367
• für die Einheit aller Genossinnen und Genossen in der Partei zu kämpfen, die in dem in dem entscheidenden strategischen Punkt – der Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus – übereinstimmen.	368
• diesen Kampf um die Einheit der Kommunisten nicht in Zirkeln zersplittert, sondern auf der Grundlage einer gemeinsamen Praxis zu führen. Denn nur im Zusammenwirken von organisierten Erkenntnisprozessen, ausprobieren und aus den Erfahrungen lernen kann unsere Partei zu einer aktionsfähigen, geschlossenen Einheit auf Grundlage einer wissenschaftlich fundierten revolutionären Programmatik, Strategie und Taktik zusammenwachsen.	369
	370
3. Die DKP Gruppe Hamburg Süd zählt sich zu den Kritikern der Antimonopolistischen Strategie (AMS) und vieler anderer Aussagen des Leitantrages. Wir appellieren mit diesem Antrag an alle Genossinnen und Genossen, die in der Kritik mit uns übereinstimmen, die Partei nicht zu verlassen, sondern sich mit dem Ziel, die eigenen Positionen zu prüfen und zu festigen an dem vorgeschlagenen Prozess zu beteiligen. Wir versprechen uns von der Auseinandersetzung auch die aus unserer Sicht erforderliche Korrektur bestimmter linker Überspitzungen beson-	371
	372
	373
	374
	375
	376
	377
	378
	379
	380
	381
	382
	383
	384
	385
	386
	387
	388
	389
	390
	391
	392
	393
	394
	395
	396
	397
	398
	399
	400
	401
	402
	403
	404
	405

406 ders in der Frage mit welchen strategischen und taktischen Mitteln um die Aktionseinheit der  
407 Arbeiterklasse gekämpft werden muss.

408  
409  
410 **Empfehlung:**

411 Aufnahme der Intention in folgender Form:

- 412 1. Der Parteitag beschließt die Fortführung der Diskussion zu strategischen und programmati-  
413 schen Fragen im Sinne der Erklärung des Sekretariates vom 01.12.17. (S. beigefügter Text)  
414 2. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und das neugewählte Sekretariat mit der Orga-  
415 nisierung der Diskussion.  
416

417 **Begründung:** Die Organisation des Prozesses der weiteren Strategie- und Programmdebatte  
418 ist eine Aufgabe, die zu den Schwerpunkten des neuen Parteivorstandes zählen wird. Sie muss  
419 zur Stärkung der DKP und zur Festigung des Zusammenhalts ihrer Strukturen führen.  
420

421 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**  
422  
423

424 **Antrag Nr. LA004**

425 **Antragsteller: WG Darmstadt-Bergstraße**

426 **Zeilen:**

427 **Antragstext::**  
428  
429

430 Zusatzantrag zum Leitantrag

431 Organisation eines Klärungsprozesses zu Strategie und Taktik und anderen vom Leitantrag  
432 aufgeworfenen Fragen  
433

434 Der Parteitag beschließt die Organisation eines ergebnisoffenen Klärungsprozesses der durch  
435 den Leitantrag aufgeworfenen Fragen. Der Prozess sollte in einem abgesteckten Zeitraum (2–4  
436 Jahre) abgeschlossen werden. Im Diskussionsprozess entwickelte Erkenntnisse werden zeitnah  
437 in die kollektive Praxis der Partei überführt und fließen in die programmatischen Dokumente ein.  
438 Der Klärungsprozess beinhaltet parteiweite Schulungen in den Grundeinheiten insbesondere  
439 anhand von Originaltexten der Klassiker, wissenschaftliche Untersuchungen und offene Debat-  
440 ten auf allen Ebenen der Partei.

441 Um diesen Prozess zu strukturieren wird eine Kommission eingesetzt, die dem Parteivorstand  
442 zuarbeitet.  
443

444 **Begründung:**

445 Der Leitantrag und die darum entbrannte Debatte sowie die zahlreichen Austritte aus der Par-  
446 tei haben deutlich gemacht, wie tief die ungeklärten Fragen insbesondere zur Strategie und  
447 Taktik in unserer Partei und der kommunistischen Bewegung insgesamt reichen. Nur auf der  
448 Grundlage eines wissenschaftlichen Klärungsprozesses lassen sich die Gräben in der Partei  
449 überwinden und ein weiterer Zerfallsprozess verhindern. Wir müssen unbedingt wegkommen  
450 von einem bloßen Meinungsstreit, der die Gräben nur weiter vertieft und keine neuen Erkennt-  
451 nisse bringt.  
452

453 *Welche Fragen sind zu klären?*

454 Wie auch im Appell des Sekretariats an die Mitglieder der Partei benannt, sind dies unter ande-  
455 rem folgende grundsätzliche Fragen:

- 456 • Wer ist, ausgehend vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, der Haupt-  
457 gegner in der imperialistischen BRD heute?  
458 • Was kennzeichnet die Produktionsverhältnisse der BRD heute?  
459 • Welche Klassen und Schichten gibt es heute in der BRD zwischen Proletariat und Bour-  
460 geoisie, wie sind deren Interessen?  
461 • Welches sind die Kräfte des Widerstands, auf welche orientieren wir, wie ist deren Verfasstheit?  
462 • Was bedeuten die Begriffe Strategie und Taktik und wie gehen wir richtig mit der Strategie  
463 und Taktik um?

• Was bedeutet die führende Rolle der Arbeiterklasse?	464
• Was ist Bündnispolitik, was ist Aktionseinheitspolitik?	465
• Wie ist die Struktur und das Bewusstsein der Arbeiterklasse?	466
	467
Darüber hinaus ist unser Verhältnis bzw. unsere Einschätzung zu Staaten wie Russland und China auf Grundlage unserer Imperialismusanalyse und unserer Sozialismusvorstellungen zu präzisieren. Weitere Fragen sind zum Beginn des Prozesses zu definieren.	468 469 470
	471
<i>Wie sollte der Prozess ablaufen?</i>	472
Die vom Parteitag eingesetzte Programmkommission hat zunächst die Aufgabe, den Prozess zu strukturieren. Das bedeutet:	473
	474
• Welche Fragen sind zu klären?	475
• Welche Mittel sind dafür notwendig (Klassikertexte, wissenschaftliche Erarbeitung, ...)?	476
• Wer kann die Materialien zusammenstellen bzw. erarbeiten?	477
• In welcher Form werden sie den Grundorganisationen zur Verfügung gestellt?	478
• Welcher Zeitrahmen ist realistisch?	479
	480
<i>Ist das eine reine Theoriedebatte?</i>	481
Aus der grundsätzlichen Erarbeitung dieser Fragen ergeben sich konkrete Konsequenzen für unsere Praxis im gewerkschaftlichen, antifaschistischen und antimilitaristischen Kampf. Der Klärungsprozess darf und kann daher nicht abstrakt und scholastisch sein, sondern sollte unsere Praxis unterfüttern und durch die Praxis beflügelt und überprüft werden.	482 483 484 485
	486
<i>Was bedeutet ergebnisoffen?</i>	487
Selbstverständlich beginnt dieser Diskussionsprozess nicht bei Null, sondern basiert auf der Geschichte und den Erfahrungen der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung. Ein ergebnisoffener Prozess bedeutet aber gerade auch eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Erbe und beinhaltet die Möglichkeit einer Revidierung von bisherigen Orientierungen. Wichtig ist in diesen Prozess nicht mit bereits fertigen Antworten und ausgefeilten Meinungen hineinzugehen, sondern eine Erarbeitung von neuen Erkenntnissen zuzulassen.	488 489 490 491 492 493
	494
<i>Zuletzt: die Machtfrage – wer macht's?</i>	495
Das mag ja alles ganz schön klingen, aber wer soll das tun? Und können wir das überhaupt? Wir haben keine wissenschaftlichen Institute, keine Lehrstühle, keine großen Publikationen? Das mag sich der ein oder andere beim Lesen dieses Antrags denken. Aber:	496 497 498
• Wir hätten in der Debatte schon viel gewonnen, wenn die wirklich strittigen Fragen herausgearbeitet werden und Begriffe geklärt werden (z. B. was verstehen wir eigentlich unter der NMK?), also ganz ohne wissenschaftliche Analyse.	499 500 501
• Viele Fragen lassen sich durch strukturiertes Studium der Klassiker klären	502
• Lenin hat den Imperialismus auf Grundlage von Studien bürgerlicher Wissenschaftler analysiert und beschrieben. Wir brauchen auch nicht zwangsläufig eigene ökonomische Studien. Wir müssen uns die vorhandenen Arbeiten und Daten beispielsweise zur Struktur der Arbeiterklasse aneignen und bewerten.	503 504 505 506
• Es gibt in der Partei das Potential für ein solches wissenschaftliches Herangehen. Die vielen Einzelkämpfer müssen zusammengeführt werden und können ihren Beitrag im Rahmen eines strukturierten Prozesses leisten	507 508 509
	510
Der entscheidende Schritt ist also eine sorgfältige Strukturierung und Planung dieses Prozesses. Der Programmkommission und ihren strukturierenden Fähigkeiten kommt also die entscheidende Bedeutung zu.	511 512 513
Wir haben nichts zu verlieren – sondern Klarheit und Einheit zu gewinnen!	514
	515
<b>Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:</b>	516
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA003	517
	518
<b>Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:</b>	519
	520
	521

522  
523  
524  
525  
526  
527  
528  
529  
530  
531  
532  
533  
534  
535  
536  
537  
538  
539  
540  
541  
542  
543  
544  
545  
546  
547  
548  
549  
550  
551  
552  
553  
554  
555  
556  
557  
558  
559  
560  
561  
562  
563  
564  
565  
566  
567  
568  
569  
570  
571  
572  
573  
574  
575  
576  
577  
578  
579

## **Antrag Nr. LA005**

**Antragsteller: KMV Pinneberg DKP Elmshorn**

**Zeilen:**

**Antragstext::**

Der Parteitag möge beschließen:

Anknüpfend und ergänzend zum Parteiprogramm ist es richtig und sinnvoll, wichtige historische und aktuelle, politische und ökonomische Entwicklungen seit In-Kraft-Treten des Parteiprogramms (2006) sowie evtl. zu korrigierende Orientierungen innerparteilich und gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften einzuschätzen, auszuwerten und aufzuarbeiten. Das Ergebnis könnte dann abschließend in einem entsprechenden DKP-Dokument veröffentlicht werden.

Der vorliegende Entwurf zum „Leitantrag“ erfüllt diese Kriterien nicht. Das war nach unserer Meinung allerdings auch nie die Absicht der Mehrheit des Parteivorstandes. Wir lehnen den vorliegenden „Leitantrag“ als Ganzes ab und fordern seine vollkommene Neuarbeitung auf Basis des bestehenden Parteiprogramms.

### **Begründung:**

1. In dem Leitantrag und in seinem Vorwort gibt es keine Aussagen darüber, ob oder wie er an das vorhandene Parteiprogramm anknüpfen, es ergänzen und ggf. nachbessern soll.
2. In seiner vorliegenden Form soll der Leitantrag hauptsächlich grundlegende Orientierungen der DKP zu bestimmten Fragen im Sinne der jetzig führenden Parteiströmung ändern. Perspektivisch soll vermutlich auch das Parteiprogramm von 2006 in diesem Sinne angepasst werden.
3. Dazu gehören u. a.: das Selbstverständnis als „marxistisch-leninistische Partei“, die Positionen zur EU-Politik, zu Stalin, zu möglichen Übergangsphasen zum Sozialismus. Diese zum Parteiprogramm widersprüchlichen Positionen sollen mithilfe des Leitantrags zu einer entscheidenden Abstimmung und Weichenstellung im Parteivorstand gebracht werden. Wir sehen wie z. B. Jörg Miehe die Begrifflichkeit zum Selbstverständnis der DKP als eine „marxistisch-leninistische Partei“ als eine „Wunschvorstellung der Parteiführung und als eine klare Abgrenzung von allen an, die das als DKP-Mitglieder nicht unterschreiben würden.“ (UZ, 29.9.2017)
4. Auch lassen offensichtliche starke Mängel in verschiedenen Teilen des Leitantrages (siehe verschiedene Diskussionsbeiträge von z. B. Jörg Miehe, Georg Polikeit) auf ein noch sehr unausgereiftes und diskussionsbedürftiges Papier und auf ein durchaus wohl beabsichtigtes Hauruck-Verfahren zur Durchsetzung der aktuell führenden Parteirichtung schließen.
5. Im ersten Teil des Programms werden „Etappen des Imperialismus und des Klassenkampfes“ definiert und beschrieben. Diese Etappen beziehen sich auf einen Zeitraum, der noch vom gültigen Parteiprogramm aufgearbeitet wird. Es stellt sich die Frage, warum hier eine neue Analyse ohne Bezug zum Parteiprogramm erfolgt. Diese Frage wird nicht beantwortet. Weiterhin ist der dann für die Zeit ab 2007 vertretene Ansatz, dass sich mit der Finanz- und weltweiten Wirtschaftskrise ein Ende der „Dominanz des neoliberalen Modells“ andeutet, unbedingt diskussionswürdig – weil von grundlegender Bedeutung für die weiteren Auseinandersetzungen.  
Jörg Miehe äußert sich wie folgt: „Die Diskussion über die vier Etappen wurde nur strömungsintern oder außerhalb der DKP geführt, und daher gibt es keine akzeptierten Ergebnisse für einen Parteitagsbeschluss.“  
Wir ergänzen: das gilt auch für danach folgende Abschnitte des ersten Teils. J. Miehe schreibt zu den dann folgenden Ausführungen zur „Produktivkraftentwicklung und Entwicklung der Hauptklassen“: „die dortigen Ausführungen sind so unvollständig und unausgegoren, dass sie nicht kritisierbar sind“.
6. Im zweiten Teil des Antrages wird der Sozialismus/Kommunismus als Ziel der DKP und mögliche „Übergangsetappen“ dahin behandelt. Auch hier stellt sich die Frage, warum nicht auf der Basis des Parteiprogramms gearbeitet und ausgeführt wird. Das legt den Verdacht nahe, dass die entsprechenden Teile des Programms „korrigiert“ und ersetzt werden sollen. Das ist nur dann legitim, wenn dies auf der Basis einer Auseinandersetzung mit dem Programm stattfindet und explizit formuliert wird. Das passiert aber weder in einer sachlich geführten innerparteilichen Diskussion noch im Leitantrag. Es bleibt dem Leser überlassen. Gerade aber hier hätte sich doch die Chance angeboten, die bereits seit langem geführten

innerparteilichen Diskussionen zu den Erfahrungen mit dem realen Sozialismus und die daraus ableitbaren Lehren zusammen zu fassen und zu ordnen. Die in diesem Abschnitt angesprochene Auseinandersetzung mit Formen des „linken Antisozialismus und Antikommunismus unter der Fahne des angeblichen Kampfes um die Menschenrechte und des sogenannten Antistalinismus“ ist in der dargestellten Form nicht nachvollziehbar, geschweige denn erkenntnisreich. 580  
581  
582  
583  
584  
7. Im dritten Teil („Unsere Kampfziele und Kampffelder“) finden sich kaum neue Erkenntnisse im Vergleich zum Parteiprogramm wieder. Man sucht außerdem vergeblich nach der Konkret- 585  
586  
587  
588  
589  
590  
591  
592  
593  
heit an Forderungen – wie sie etwa zum Punkt 5. „Bestandteil der Wende ...“ noch zu finden ist (wenn dort auch unvollständig). Es gibt einen ganzen Katalog von Forderungen, der hier erwartet werden muss: Personalbemessungsgrößen in der Pflege; eine Schule für alle; gegen Privatschulen bzw. keine öffentlichen Gelder zur Finanzierung von Privatschulen; Investitionsschub in die Bildung; Betreuungsschlüssel in der gesamten Bildung; mehr Sozialkräfte an die Schulen; Inklusion; schulische Integration von Asylsuchenden; kostenloser Kita- und Schulbesuch inkl. Verpflegung; Schluss mit befristeten Stellen, mit der „Teilzeitfalle usw. 594  
595  
596  
597  
J. Miehe: „Hier wären eine innerparteiliche Diskussion und eine mit unseren Bündnispartnern angebracht.“ 598  
599  
600

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Ablehnung

**Begründung:**

Siehe Begründung: zu LA001 – LA003.

Die Antragsteller verkennen bzw. gewichten unzureichend die seit nunmehr 5 Jahren geführten Resultate der Grundsatzdiskussionen seit dem 20. Parteitag über den Charakter und die Zielsetzung der DKP als einer in den Traditionen von Max Reimann, Kurt Bachmann und Herbert Mies verbundenen marxistisch-leninistischen Partei, die auf das Engste mit dem Wirken der SED und der SEW für den Aufbau des Sozialismus nach 1945 und die Orientierung auf den revolutionären Bruch mit dem deutschen und internationalen Kapitalismus/Imperialismus verbunden ist und bleibt. 601  
602  
603  
604  
605  
606  
607  
608  
609  
610

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA006**

**Antragsteller:** Gruppe Frankfurt-Süd

**Zeilen:**

**Antragstext::**

Die DKP Gruppe Frankfurt Süd fordert den Parteitag auf weder den Leitantrag noch den Unvereinbarkeitsbeschluss zu verabschieden, sondern einen Beschluss zu fassen, dass eine Analyse des Zustandes unserer Partei hinsichtlich des Organisationsgrades, der Zusammensetzung und der politischen Arbeit ihrer Organisationen durchgeführt wird. Diese Analyse kann dann als Grundlage einer Strategieentwicklung dienen, die die Debatte um den Leitantrag aufnimmt, aber auf die Praxis unserer Partei bezieht und von daher unserer Strategie und ihre unterschiedlichen (und gegensätzlichen) Formen der Taktik entwickelt. 611  
612  
613  
614  
615  
616  
617  
618  
619  
620  
621  
622  
623  
624  
625  
626  
627

**Begründung:**

Der Leitantrag zeigt nicht hinreichend die gegenwärtige Lage der DKP auf, leistet keine vernünftige umfassende Analyse der politischen Situation und schafft nicht die Voraussetzung dafür, den Zerfall und die Spaltung der DKP zu stoppen. Genau das aber wäre die Voraussetzung für einen wirklich konstruktiven Leitantrag. Einzelne Korrekturen und Formulierungen am Leitantrag können daran nichts wesentlich ändern. 628  
629  
630  
631  
632  
633  
634

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

- a) Ablehnung soweit es den Leitantrag betrifft
- b) Zum Unvereinbarkeitsbeschluss: Weitergabe an AK 2



638  
639  
640  
641  
642  
643  
644  
645  
646  
647  
648  
649  
650  
651  
652  
653  
654  
655  
656  
657  
658  
659  
660  
661  
662  
663  
664  
665  
666  
667  
668  
669  
670  
671  
672  
673  
674  
675  
676  
677  
678  
679  
680  
681  
682  
683  
684  
685  
686  
687  
688  
689  
690  
691  
692  
693  
694  
695

**Begründung:**

Zu a) Siehe Begründung: zu LA001 – LA003.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag::**

**Antrag Nr. LA007**

**Antragsteller: GO Havelland Oberhavel mit OPR-Prignitz**

**Zeilen:**

**Antragstext::**

Der 22. Parteitag der DKP möge beschließen:

Den Leitantrag in seiner jetzigen Fassung abzulehnen und neu zu erstellen.

Der vorliegende Leitantrag soll komplett neu erarbeitet und erstellt werden. Dabei gilt es zu beachten, dass dabei die Begrifflichkeiten des wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus korrekt angewendet und nicht willkürlich geändert werden.

**Begründung:**

Der Leitantrag enthält eklatante Fehler bei der Benutzung von Begrifflichkeiten, die den Leitantrag nicht nur schwammig werden lässt, sondern auch die Bedeutung falsch wird. Es gilt zu beachten, dass ähnliche Worte dennoch unterschiedliche Bedeutungen haben, auch wenn diese ähnlich klingen oder scheinen. Karl Marx, Friedrich Engels und Lenin haben in ihren wissenschaftlichen Werken eine eindeutige wissenschaftliche Begriffsverwendung herausgearbeitet und erklärt. In über 150 Jahren Marxismus sind diese durchgesetzt und bewährt. Werden andere statt der durchgesetzten definierten Begriffe oder die definierten Begriffe falsch verwendet, steuert die Partei in ihren Schriften direkt auf den Revisionismus zu. Dies kann nur ein konkreter und deutlicher Leitantrag verhindern, wenn in diesem die dialektische und historische materialistische Hermeneutik möglich ist.

Die DKP ist eine marxistische-leninistische Partei und als solche sollte sie sich streng an die Begrifflichkeiten von Marx, Engels und Lenin halten und diese nicht verwischen und falsch anwenden wie im Leitantrag geschehen.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA002

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag::**

**Antrag Nr. LA008**

**Antragsteller: WG Hamburg Nord**

**Zeilen: Zeilen 3–11**

**Antragstext:**

Ersetzen durch (nicht kursiv): So wie es ist kann es nicht bleiben. Wir befinden uns in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Eine Aussage, wie „Wir brauchen eine linke Revolution“ fand vor nicht allzu langer Zeit bei einer repräsentativen Befragung der Freien Universität Berlin eine Zustimmungsquote von 25 Prozent. Viele fordern einen grundsätzlich anderen Entwicklungsweg.

**Begründung:**

Statt Bezug zu nehmen auf unklare Gefühlsäußerungen bei Umfragen, sollte am Anfang die Notwendigkeit des Bruchs mit dem Kapitalismus als unsere Aussage formuliert werden. Mit der Oktoberrevolution ist die Menschheit in eine neue Phase ihrer Entwicklung eingetreten.

Es beginnt die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Haupttriebkraft ist die Arbeiterklasse weltweit. Die Niederlage von 1989/90 verändert nicht den Charakter dieser Epoche. Deshalb sollte hier bereits am Anfang der Charakter unserer Epoche formuliert sein. Es fällt die Formulierung „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg“ weg. Diese Formulierung erweckt den fälschlichen Eindruck, als würden auch wir von einem dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus ausgehen.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Ablehnung

**Begründung:**

Es handelt sich hier um eine gängige „Volksmeinung“, die weder zustimmend zitiert wird noch um eine analytische Aussage der DKP bzw. des Leitantrags.

Es geht auch nicht um eine Zustimmung zur erwähnten Umfrage. Der Einstieg will lediglich an der ambivalenten Grundstimmung in der Bevölkerung ansetzen und damit die Notwendigkeit einer klaren strategischen Orientierung verdeutlichen.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA009**

**Antragsteller: BMV Hamburg**

**Zeilen: 3**

**Antragstext::**

Streichung „Die da oben [...] was sie wollen.“

**Begründung:**

Es handelt sich um kein Einzelzitat, sondern von generellen Stimmungsäußerungen. Der zu streichende Satz drückt einen Fatalismus aus, der nicht darauf abzielt, positiv gelenkt werden zu können

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt mit Annahme der Empfehlung der AK zu LA008

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag::**

**Antrag Nr. LA010**

**Antragsteller: WG Frankfurt Nordwest-Eschersheim**

**Zeilen: 3–4**

**Antragstext::**

Der dritte Satz ist zu streichen.

**Begründung:**

So wirkt das Hauptanliegen, „eine Alternative“, stärker.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt mit Annahme der Empfehlung der AK zu LA008

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

754 **Antrag Nr. LA011**

755 **Antragsteller: Gruppe Köln Innenstadt**

756 **Zeilen: 26–59**

757 **Antragstext::**

758  
759 Streichen und ersetzen durch:

760 Kommunisten beanspruchen, aus dem Geschichtsverlauf die Notwendigkeit und die Möglich-  
761 keit zu erkennen, wie sich die Menschheit befreien kann. Wir kämpfen für eine Gesellschaft ohne  
762 Ausbeutung, ohne Privateigentum an Produktionsmitteln, wir wollen den Sozialismus. Das ist  
763 keine Utopie. Denn der Sozialismus wird, das wissen wir seit Marx und Engels, weder als Aus-  
764 druck der absoluten Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit durch eigene Kraft die Welt erobern,  
765 noch durch den Willensakt derjenigen, denen sich solch absolute Wahrheit, Vernunft oder Ge-  
766 rechtigkeit offenbart hat. Vielmehr baut jede neue Produktionsweise auf ihren historischen Vor-  
767 aussetzungen auf. Einer Epoche sozialer Revolution geht folglich nicht nur die Entwicklung der  
768 materiellen Produktivkräfte im Rahmen der überkommenen Produktionsverhältnisse, sondern  
769 zunächst die umfassende Entfaltung der Widersprüche dieser Produktivkräfte zu den Produkti-  
770 onsverhältnissen voraus. Revolutionär wird die Lage, sobald Produktionsverhältnisse aus Ent-  
771 wicklungsformen der Produktivkräfte in Fesseln derselben umschlagen.

772 Eine revolutionäre Partei wird also ihre Strategie und Taktik aus der Analyse der Widersprü-  
773 che von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen abzuleiten haben, wenn die Revolution  
774 nicht zum reinen Willensakt verkommen soll.

775  
776 Zunächst geht es darum, wie es schon im Kommunistischen Manifest heißt, „an die Stelle der  
777 Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assozia-  
778 tion“ zu setzen (MEW 4, 474 f.)

779  
780 Die Kommunisten haben, wie es dort weiter heißt, „keine von den Interessen des ganzen Pro-  
781 letariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die  
782 proletarische Bewegung modeln wollen.

783  
784 Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch,  
785 dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen,  
786 von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur  
787 Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, wel-  
788 che der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Ge-  
789 samtbewegung vertreten.“

790  
791 Unterdessen hat sich seit 1848, dem Erscheinungsjahr des Kommunistischen Manifests, der  
792 Kapitalismus entwickelt. „Die wichtigste Veränderung, die nach jener Zeit eingetreten ist, als  
793 Karl Marx den Kapitalismus erforschte, und die er voraussagte, besteht darin, dass mit der  
794 Akkumulation des Kapitals und der Konkurrenz immer größere Unternehmen und Unterneh-  
795 mensverbindungen entstanden. Ende des 19. Jahrhunderts bildeten sich mit der Entwicklung  
796 der Produktivkräfte (u. a. Chemie, Elektrotechnik) und der Konzentration und Zentralisation des  
797 Kapitals produktions- und marktbeherrschende Unternehmen. Damit wurden die Grundlagen  
798 gelegt für die Herausbildung des Monopols als gesellschaftliches Machtverhältnis und bestim-  
799 mendes Produktions- und Eigentumsverhältnis. Die Monopole nahmen zunehmend Einfluss  
800 auf die Gestaltung politischer Verhältnisse. Es entstand der monopolistische Kapitalismus als  
801 ökonomischer Kern des Imperialismus.“ (Programm der DKP)

802  
803 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

804 Ablehnung

805  
806 **Begründung:**

807 Der Text des Leitantrags argumentiert schlüssiger zur Besonderheit des Imperialismus im Ver-  
808 hältnis zum Kapitalismus der freien Konkurrenz.

809  
810 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

811

**Antrag Nr. LA012**

**Antragsteller: WG Frankfurt Nordwest-Eschersheim**

**Zeile 29**

**Antragstext:**

**Einfügung nach dem ersten Satz: Ihr Ziel ist die Beseitigung der Ausbeutung von Mensch und Natur, die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.**

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Annahme

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA013**

**Antragsteller: LMV Berlin**

**Zeilen: 31–32**

**Antragstext:**

Änderungsvorschlag: „...begründet wurde und ständig weiterentwickelt werden muss, damit er nicht hinter den gesellschaftlichen Realitäten zurückbleibt.“

Satzende nach ‚begründet wurde‘; statt des zweiten Halbsatzes folgender Satz:

Er bildet die theoretische Basis unserer Analyse der Gesellschaft und der Ableitung notwendiger Handlungsstrategien. Gleichzeitig muss diese theoretische Grundlage auf die konkrete historische Situation produktiv angewandt und unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Entwicklung weiter präzisiert bzw. vervollkommnet werden.

**Begründung:**

Die ursprüngliche Formulierung ist missverständlich und lässt die Interpretation des wiss. Sozialismus als reine Widerspiegelung der ‚gesellschaftlichen Realitäten‘ zu – und damit seine beliebige ‚Modernisierung‘.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Annahme

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA014**

**Antragsteller: Gruppe Essen-Frohnhausen/Holsterhausen**

**Zeilen: 37/38**

**Antragstext:**

„nationalen und multinationalen“ streichen

**Begründung:**

Monopole sind eigentlich immer beides. Sie haben eine „nationale Heimatbasis“, einen Staat, mit dem sie auf vielfältige Weise verbunden sind (staatsmonopolistischer Kapitalismus). Das ist das wesentliche Moment. Dabei agieren sie natürlich international, d. h. sie sind auf vielfältige Weise mit dem Weltmarkt verbunden. Sie stehen in internationaler Konkurrenz und gehen, um

sich in dieser besser zu positionieren, auch internationale Kooperationen ein. Auch Konzerne, die keine eindeutige Eigentümerstruktur haben (z. B. Aktienstreubesitz) bilden dabei keine Ausnahme: Sie stehen unter der Kontrolle der Manager. Die Formulierung im Ursprungstext suggeriert, es gäbe auf der einen Seite nationale Monopole und auf der anderen Seite multinationale – wobei in beiden Fällen unklar bleibt, was das sein soll.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:** Ablehnung

**Begründung:**

Die Internationalisierung des Kapitals ist nach Lenin ist eines der zentralen Merkmale des Imperialismus. Bereits im Parteiprogramm von 1978 haben wir festgestellt:

„Riesige Konzerne haben sich nicht nur in einzelnen Staaten, sondern zunehmend auch im internationalen Maßstab herausgebildet. Sie beherrschen Wirtschaft und Gesellschaft, die Innen- und Außenpolitik. Sie haben die Ausbeutung der Werktätigen und ganzer Völker auf eine neue Stufe gehoben.“ (S. 12f)

Natürlich haben diese „Multis“ auch ihre nationalen Wurzeln und sind dementsprechend auch in nationalstaatliche juristische und wirtschaftspolitische Strukturen und Gesetzgebungen eingebunden.

Daneben existieren natürlich auch weiter solche Großkonzerne (z. B. im Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Energiewirtschaft, Lebensmittelindustrie, Landwirtschaft), die schwerpunktmäßig national agieren. Die Übergänge sind fließend.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA015**

**Antragsteller:** Gruppe Essen-Frohnhausen/Holsterhausen

**Zeilen:** 44–47

**Antragstext:**

hinter „Kapitalismus“ ändern in und verschieben hinter den Absatz Z. 49–52: „erreicht die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen gesellschaftlichem Charakter der Produktion und privatkapitalistischer Aneignung der Produkte eine Stufe, auf der die unmittelbaren materiellen Bedingungen für den Sozialismus vollständig entwickelt sind. Die herrschende Finanzoligarchie ist gesellschaftlich überflüssig und parasitär geworden.“

**Begründung:**

Die Eigentümer der Produktionsmittel beschränken sich nicht auf das Abschöpfen der Profite.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Annahme mit Änderung, übernommen aus LA017:

Zeile 45: ... , dass sich die Rolle der Eigentümer der Produktionsmittel und des Finanzkapitals in immer stärkeren Maße auf das Abschöpfen der Profite orientiert.

Und Ergänzung am Ende des Abschnittes Zeile 52: Die herrschende Finanzoligarchie ist gesellschaftlich überflüssig und parasitär geworden.

**Begründung:**

Der Parasitismus der Großbourgeoisie erreicht mit der Entwicklung des Aktienwesens und des Finanzkapitals eine neue Qualität im Sinne der „Coupon-Schneiderei“. Im vormonopolistischen Stadium war die industrielle Bourgeoisie als eine noch direkt im produktiven Sinne in der Leitung der Produktion tätige Klasse im Einsatz. Daher eine gute Ergänzung. LA016 betont zudem das Prozesshafte dieser Entwicklung.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**



**Nr. LA016**

**Antragsteller: BMV Nordbayern**

**Zeilen: 44–47**

**Antragstext:**

Ursprünglicher Text: Im Imperialismus, dem „höchsten Stadium des Kapitalismus“, nimmt der Vergesellschaftungsgrad der Produktion ein solches Ausmaß an, dass sich die Rolle der Eigentümer der Produktionsmittel und des Finanzkapitals schon lange auf das Abschöpfen der Profite reduziert.

NEU: Im Imperialismus, dem „höchsten Stadium des Kapitalismus“, nimmt der Vergesellschaftungsgrad der Produktion schon lange ein solches Ausmaß an, dass sich die Rolle der Eigentümer der Produktionsmittel und des Finanzkapitals auf das Abschöpfen der Profite reduziert.

**Begründung:**

Die zeitliche Dauer kann kein Ausmaß annehmen.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA015

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA017**

**Antragsteller: LMV Berlin**

**Zeilen: 45–47**

**Antragstext:**

Den Satz

..., dass sich die Rolle der Eigentümer der Produktionsmittel und des Finanzkapitals schon lange auf das Abschöpfen der Profite reduziert.

Ändern in:

..., dass sich die Rolle der Eigentümer der Produktionsmittel und des Finanzkapitals in immer stärkerem Maße auf das Abschöpfen der Profite reduziert.

Außerdem sollte der Absatz (44–47) hinter den Folgeabsatz (Zeilen 49–52) verschoben werden.

**Begründung:**

Hier ist im Entwurf ‚schon lange‘ zu kritisieren: Für den Vergesellschaftungsgrad und die Rolle der Eigentümer usw. ist das ‚Abschöpfen‘ selbst charakteristisch – nicht irgendeine Zeitdauer. Die Verschiebung des Absatzes verbessert möglicherweise die Folgerichtigkeit.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA015

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

928  
929  
930  
931  
932  
933  
934  
935  
936  
937  
938  
939  
940  
941  
942  
943  
944  
945  
946  
947  
948  
949  
950  
951  
952  
953  
954  
955  
956  
957  
958  
959  
960  
961  
962  
963  
964  
965  
966  
967  
968  
969  
970  
971  
972  
973  
974  
975  
976  
977  
978  
979  
980  
981  
982  
983  
984  
985

986  
987  
988  
989  
990  
991  
992  
993  
994  
995  
996  
997  
998  
999  
1000  
1001  
1002  
1003  
1004  
1005  
1006  
1007  
1008  
1009  
1010  
1011  
1012  
1013  
1014  
1015  
1016  
1017  
1018  
1019  
1020  
1021  
1022  
1023  
1024  
1025  
1026  
1027  
1028  
1029  
1030  
1031  
1032  
1033  
1034  
1035  
1036  
1037  
1038  
1039  
1040  
1041  
1042  
1043

### **Antrag Nr. LA018**

**Antragsteller: WG Frankfurt Nordwest-Eschersheim**

**Zeile: 47**

**Antragstext:**

streichen und ergänzen: ... nicht mehr nur auf das Abschöpfen der Profite reduziert. Sie bestimmen über ihre Netzwerke in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auch weitgehend die öffentliche Meinung.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Aufnahme in Zeile 229: ... der Erbschafts- und Vermögenssteuer. Über ihre Netzwerke in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bestimmen sie auch maßgeblich die öffentliche Meinung. Der US-Multimilliardär und Finanzoligarch ...

**Begründung:**

Es geht an dieser Stelle um die ökonomische Rolle des Finanzkaptals, nicht um die Herrschaftsmechanismen im Überbau. Die Frage der ideologischen Beeinflussung sehen wir richtig angesprochen in Zeile 229.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

### **Antrag Nr. LA019**

**Antragsteller: BDK Baden-Württemberg**

**Zeilen: nach 59**

**Antragstext:**

Einfügen nach „... territoriale Eroberungskriege:

Der Imperialismus mit allen genannten Merkmalen ist „sterbender Kapitalismus“ (Lenin). Er markiert die Einleitung der welthistorischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. An seinem Anfang steht die erste sozialistische Revolution der Menschheitsgeschichte, die Pariser Kommune. Mit der großen sozialistischen Oktoberrevolution 1917 gelang es erstmals siegreich und nachhaltig aus der Geschichte der Ausbeutergesellschaften auszubrechen. Ihrem Beispiel folgten und folgen zahlreiche weitere Länder in allen Teilen der Erde. Auch die Konterrevolution von 1989/92 konnte und kann sich nicht über die Gesetzmäßigkeit des Absterbens des Kapitalismus hinwegsetzen.

**Begründung:**

Bei den 4 Bestimmungen zu „Imperialismus“ im Kapitel „I. Der Imperialismus, seine Entwicklungsetappen und die Analyse der Kommunistinnen und Kommunisten“ fehlt noch die hier beantragte 5. Bestimmung seiner Epoche.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Annahme

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA020**

**Antragsteller: LDK Brandenburg**

**Zeilen: 51–52**

**Antragstext:**

Ergänzung des Absatzes um die Formulierung zu: Wir befinden uns außerdem in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

**Begründung:**

Dies ist eine weitere Charakterisierung unserer Gegenwart.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA019

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA021**

**Antragsteller: Gruppe Essen-Frohnhausen/Holsterhausen**

**Zeilen: 71–89**

**Antragstext:**

ändern in:

Der Stamokap stellt die Vereinigung der Macht der stärksten Monopole mit dem Staats- und Militärapparat zu einem einheitlichen, wenngleich nicht widerspruchsfreien neuen Herrschaftsmechanismus dar. Er entwickelt sich aus der Notwendigkeit staatlichen Eingreifens in den Wirtschaftsprozess, ohne den die monopolkapitalistische Wirtschaft unmöglich wäre. Überdeutlich zeigte sich das in der Krise 2007ff.

Seinem sozialen Inhalt nach ist der Stamokap die politische Herrschaft des Monopolkapitals als Ausdruck ihrer ökonomischen Herrschaft. Die Herrschaft der Finanzoligarchie durchdringt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und ordnet diese ihren Interessen unter. Auf diese Weise entfaltet sich der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit im Stamokap als Widerspruch zwischen Monopolkapital und Volksmassen. Der Staat ist heute nur noch eingeschränkt ein ideeller Gesamtkapitalist. Er sichert heute nicht mehr die kapitalistischen Produktionsverhältnisse schlechthin, sondern in ihrer monopolkapitalistischen Form. Der Staat ist zum Staat der Monopole geworden.

Die relative Autonomie dieses monopolkapitalistischen Staats ist ein Erfordernis dieser Herrschaft. Das heißt, die spezifischen Interessen einzelner (Monopol-)Kapitalisten werden überwunden und die Interessen nichtmonopolistischer Teile der Bourgeoisie integriert. Die relative Autonomie bedeutet nicht Unabhängigkeit vom Monopolkapital, sondern ist gerade der Vollzug der Abhängigkeit.

**Begründung:**

Der Staat muss die Interessen des Monopolkapitals sichern. Das schließt auch die Privatisierung von großen Staatsunternehmen nicht aus, wenn es diesem Zweck gerade nutzt. Der Staat muss sich nicht immer stärker selbst als Kapitalist betätigen. Es kann sogar sein, dass er ehemals staatlich organisierte Bereiche immer weiter für das Kapital öffnet, gerade um dessen Verwertungsschwierigkeiten zu „lösen“, siehe Post, Telekommunikation, Autobahnen, Gesundheits- und Bildungswesen. Und es schließt auch die Einbindung anderer Teile des Kapitals mit ein, was aber nicht bedeutet, dass der monopolkapitalistische Staat weiter ideeller Gesamtkapitalist im exakten Sinne Engels' wäre.

Im Ursprungstext legt die Formulierung „Brücke hin zur nächsthöheren Gesellschaftsformation“ ein falsches Revolutionsverständnis nahe, „der politische Überbau“ fehlt auch nicht, sondern er „passt“ gerade zu den überlebten Produktionsverhältnissen. Insgesamt sind die Formulierungen in Z. 81–89 unglücklich.

1044  
1045  
1046  
1047  
1048  
1049  
1050  
1051  
1052  
1053  
1054  
1055  
1056  
1057  
1058  
1059  
1060  
1061  
1062  
1063  
1064  
1065  
1066  
1067  
1068  
1069  
1070  
1071  
1072  
1073  
1074  
1075  
1076  
1077  
1078  
1079  
1080  
1081  
1082  
1083  
1084  
1085  
1086  
1087  
1088  
1089  
1090  
1091  
1092  
1093  
1094  
1095  
1096  
1097  
1098  
1099  
1100  
1101

1102 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**  
1103 Annahme mit Änderung.  
1104 Ersetzung nur der Zeilen 71–77  
1105 Nicht übernommen wird die Passage: Der Staat ist heute nur noch eingeschränkt ein ideeller Ge-  
1106 samtkapitalist. Er sichert heute nicht mehr die kapitalistischen Produktionsverhältnisse schlechthin,  
1107 sondern in ihrer monopolkapitalistischen Form. Der Staat ist zum Staat der Monopole geworden.“  
1108 Stattdessen Übernahme des folgenden Satzes aus dem LA: „Die Demokratie ist weiterhin eine  
1109 bürgerlich-kapitalistische, der Staatsapparat bleibt ein Instrument der Kapitalistenklasse, ein  
1110 „ideeller Gesamtkapitalist“.

1111 **Begründung:**  
1112 Der Originaltext stellt sowohl den historischen Entwicklungsprozess wie auch die derzeitige  
1113 Rolle des Stamokap dar. Im Unterschied zu den Antragstellern wird in den Zeilen 71–89 auch  
1114 die Bedeutung des voll ausgereiften Stamokap für die materielle Vorbereitung des Sozialismus  
1115 richtig herausgearbeitet. Damit erfolgt auch die richtige Einordnung in die marxistisch-leninist-  
1116 tische Revolutionsstrategie, die bei den Antragstellern fehlt. Dass der Staat heute nicht mehr  
1117 als ideeller Gesamtkapitalist fungiere, sondern nur noch „Staat der Monopole“ sei, halten wir  
1118 angesichts seiner tatsächlichen Gesamtpolitik für falsch und für eine Verabsolutierung.

1119 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**  
1120  
1121  
1122

## 1123 **Antrag Nr. LA022**

1124 **Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg**

1125 **Zeilen: 73–77**

1126 **Antragstext:**  
1127

1128 Streichen und neu fassen wie folgt: I  
1129 m Stamokap nutzen und brauchen die Monopole den Staat zur Akkumulation von Kapital, zur  
1130 Abschöpfung von Extraprofit, zur Schaffung günstiger ökonomischer, politischer, juristischer und  
1131 auch militärischer Rahmenbedingungen für ihre Kapitalverwertung sowie – in unterschiedlicher  
1132 Ausprägung – zur Absicherung einer gesellschaftlichen Infrastruktur für den Produktions- und  
1133 Reproduktionsprozess. Dieses Zusammenwachsen der Macht der Monopole mit der Macht des  
1134 Staates kann eigene wirtschaftliche Tätigkeit des Staates als Unternehmer oder als Betreiber ge-  
1135 sellschaftlicher Infrastruktur bis hin zur direkten politischen Steuerung des Produktionsprozesses,  
1136 aber auch den Rückzug des Staates aus einer eigenständigen ökonomischen Rolle oder den Ver-  
1137 zicht auf diese einschließen. Im letzteren Fall geschieht die Herrschafts- und Profitsicherung durch  
1138 den Staat eher durch die organisierte Einbindung von Kapitalvertretern in die politische Willens-  
1139 bildung bis hin zur Vorbereitung der Gesetzgebung, durch kartellrechtliche Schritte, durch Sub-  
1140 ventionen und durch protektionistische Maßnahmen („Industriepolitik“) zugunsten der Monopole.  
1141  
1142

1143 **Begründung:**  
1144 Wir halten die Charakterisierung des Stamokap an dieser Stelle für unzulässig verkürzt. Hier  
1145 sollte u.E. die zwiespältige Entwicklung der Rolle des Staates genauer beschrieben werden:  
1146 einerseits objektiv wachsende Rolle („Industriepolitik“, Subventionen etc.), andererseits „Ver-  
1147 schlankung“, Entstaatlichung etc.). Mit unserer Formulierung versuchen wir die differenzierte  
1148 und z. T. widersprüchlich erscheinende Ausformung staatsmonopolistischer Herrschaft unter  
1149 heutigen („neoliberalen“) Bedingungen zu beschreiben.  
1150

1151 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**  
1152 Annahme der zweiten Hälfte des Antrages und Einfügung in Anschluss an Zeile 77 in folgender  
1153 Form:  
1154 Staatsmonopolistischer Kapitalismus kann aber auch den zeitweiligen und teilweisen Rückzug  
1155 des Staates aus einer eigenständigen ökonomischen Rolle oder den bewussten Verzicht auf  
1156 diese einschließen.  
1157 Im letzteren Fall geschieht die Herrschafts- und Profitsicherung durch den Staat eher durch die  
1158 organisierte Einbindung von Kapitalvertretern in die politische Willensbildung bis hin zur Vor-  
1159

bereitung der Gesetzgebung, durch kartellrechtliche Schritte, durch Subventionen und durch protektionistische Maßnahmen zugunsten der Monopole. Heute verschafft der Staat dem Monopolkapital die Möglichkeit von Extraprofiten auch durch Privatisierung von verbliebenem Staatsbesitz aus dem Bereich der Daseinsvorsorge (Gesundheit, Schulbau, Autobahnen etc.), teilweise garantiert er sogar Profite, falls diese Bereiche Verluste einfahren sollten.

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA023**

**Antragsteller: LMV Berlin**

**Zeilen: 75–77**

**Antragstext:**

(Definition Stamokap)

Änderungsvorschlag (ab Zeile 75):

Nach „abzuschöpfen“ Satzende. Danach zunächst eine Einfügung zur Rolle des Staats:

Die wesentliche Aufgabe des Staates besteht darin, bestmögliche Kapitalverwertungsbedingungen für die Monopolbourgeoisie zu gewährleisten. Alle anderen Funktionen sind dieser Aufgabe untergeordnet.

Und dann weiter (unter Streichung des Teilsatzes „- der Staat betätigt sich selbst verstärkt als Kapitalist“):

Hierfür kann er selbst Eigentümer großer Produktionseinheiten und Unternehmen sowie wichtiger Bestandteile der Infrastruktur des Landes sein. Überschüsse, die sich aus der unternehmerischen Tätigkeit des Staates ergeben, fließen direkt oder indirekt wieder der Monopolbourgeoisie zu.

**Begründung:**

„Der Staat betätigt sich selbst als Kapitalist“ ist zu stark verkürzt und lässt eine „Eigenmotivation“ des Staats zumindest vermuten. Eigentlich übernimmt der Staat aber im Interesse der Monopolbourgeoisie Aufgaben, die auf privatkapitalistischer Basis nicht realisierbar oder unrentabel wären. Mit der Änderung wird versucht, ausgehend von der allgemeinen Aufgabe des Staats den Zusammenhang deutlicher zu beschreiben.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA021 und LA022

**Begründung:**

Die Antragszeilen 87–89 zur Rolle des Staats als ideellem Gesamtkapitalisten machen die Besorgnis um eine Verselbständigung des Staates gegenüber seinem Klassenauftrag nach Auffassung der AK unnötig.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA024**

**Antragsteller: GO Stuttgart Nord**

**Zeilen: 75–77**

**Antragstext:**

ersetzen durch Programmzitat S.11 2. Absatz: „Mehr und mehr konnte sich das Monopolkapital nur mit Hilfe ständiger direkter wirtschaftlicher Tätigkeit des States reproduzieren. Der staatsmonopolistische Kapitalismus wurde zur Existenznotwendigkeit des Kapitalismus.“



1218 Begründung: Die ersetzen Stellen geben nur eine Seite des staatlichen Handelns wieder. Das  
1219 Zitat aus dem Programm ist allgemeiner und verweist auf die Notwendigkeit des staatlichen  
1220 Handelns zum Systemerhalt.“

1221

1222

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

1223

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA021 und LA022

1224

1225

**Begründung:**

1226

Erübrigt sich bei Annahme von Empfehlung zu LA022, in der die Intentionen des Antrags Stutt-  
1227 gart Nord inhaltlich mit aufgenommen sind.

1228

1229

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

1230

1231

1232

**Antrag Nr. LA025**

1233

**Antragsteller: BMV Hamburg**

1234

**Zeilen: 76 f.**

1235

**Antragstext:**

1236

1237

Text nach „... Extraprofit abzuschöpfen“ ändern in:

1238

1239

„Der Staat betätigte sich selbst verstärkt als Kapitalist und wurde selbst Eigentümer großer Pro-  
1240 ductionseinheiten und Unternehmen sowie wichtiger Bestandteile der Infrastruktur des Landes.  
1241 Heute verschafft der Staat dem Kapital die Möglichkeit von Extraprofiten durch Privatisierung von  
1242 verbliebenem Staatsbesitz aus dem Bereich der Daseinsvorsorge (Gesundheit, Schulbau, Auto-  
1243 bahnen etc.), teilweise garantiert er sogar Profite, falls diese Bereiche Verluste einfahren sollten.“

1244

1245

**Begründung:**

1246

Der Staat handelt zwar zunehmend selbst am kapitalistischen Markt, ist aber in erster Linie da-  
1247 für (mit) verantwortlich, diesen in Bereiche auszudehnen, die ihm vorher (zumindest teilweise)  
1248 entzogen waren (z. B. öffentliche Krankenhäuser). Der Staat verfügt zwar (Hamburg ist hier als  
1249 Bundesland deutlicher Spitzenreiter) über ein Geflecht an staatseigenen Betrieben, fährt aber  
1250 gleichzeitig eine Strategie der Privatisierung und somit eines systematischen Bankrotts der  
1251 öffentlichen Haushalte.

1252

1253

Wir nehmen als Haupttendenz in dieser Frage die neoliberale Politik der Privatisierung wahr,  
1254 und nicht, dass der Staat sich „verstärkt als Kapitalist“ betätigt. (Diese Bemerkung im Leitan-  
1255 trag scheint als mechanische Übernahme aus Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadi-  
1256 um...“ zu kommen, die aber damals die ökonomische Tätigkeit des Staats im Interesse der  
1257 Kriegsproduktion betraf.)

1258

1259

Anmerkung: weiter hinten (207–212) steht es dann auch so. Deshalb der Vorschlag: Ganz strei-  
1260 chen!

1261

1262

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

1263

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA022

1264

1265

**Begründung:**

1266

1267

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

1268

1269

1270

1271

1272

1273

1274

1275

**Antrag Nr. LA026**

**Antragsteller: BDK Baden-Württemberg**

**Zeilen: 79**

**Antragstext:**

Objektiv ersetzen durch gesetzmäßig: Zugleich schafft der Stamokap aber auch objektiv gesetzmäßig neue historische Möglichkeiten.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Ablehnung**

**Begründung:**

Zur objektiven „Reife“ der Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus gehört unbedingt auch der „subjektive“ Faktor. Der Gesetzesbegriff in den Gesellschaftswissenschaften ist nicht identisch mit dem der Naturwissenschaften.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA027**

**Antragsteller: Wohngebietsgruppe Frankfurt Nordwest-Eschersheim**

**Zeile: 79**

**Antragstext:**

Einfügung:

... aber auch durch die ständige Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik objektiv...

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Ablehnung**

**Begründung:**

Die Formulierung erscheint der AK zu technizistisch. Der Sozialismus bedarf einer umfassenderen Grundlage, vor allem aber der Entschlossenheit und der Einsicht der Masse der Werktätigen in die Notwendigkeit des Systemwechsels durch den revolutionären Sturz der Kapitalherrschaft.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA028**

**Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg**

**Zeilen: 80–81**

**Antragstext:**

Streichen: Es entsteht ... Gesellschaftsformation.

Ersetzen durch: Lenin zufolge ist der staatsmonopolistische Kapitalismus die „vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus“.

**Begründung:**

Das Bild der „Brücke“ finden wir zu sehr auf einen quasi automatischen Geschichtsverlauf hin zugeschnitten. Das Lenin-Zitat soll auf den Prozesscharakter der politökonomischen Entwicklung und die Diskrepanz zwischen objektivem Reifegrad und zurückbleibendem subjektivem Faktor hinweisen.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme**

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

1276  
1277  
1278  
1279  
1280  
1281  
1282  
1283  
1284  
1285  
1286  
1287  
1288  
1289  
1290  
1291  
1292  
1293  
1294  
1295  
1296  
1297  
1298  
1299  
1300  
1301  
1302  
1303  
1304  
1305  
1306  
1307  
1308  
1309  
1310  
1311  
1312  
1313  
1314  
1315  
1316  
1317  
1318  
1319  
1320  
1321  
1322  
1323  
1324  
1325  
1326  
1327  
1328  
1329  
1330  
1331  
1332  
1333

1334  
1335  
1336  
1337  
1338  
1339  
1340  
1341  
1342  
1343  
1344  
1345  
1346  
1347  
1348  
1349  
1350  
1351  
1352  
1353  
1354  
1355  
1356  
1357  
1358  
1359  
1360  
1361  
1362  
1363  
1364  
1365  
1366  
1367  
1368  
1369  
1370  
1371  
1372  
1373  
1374  
1375  
1376  
1377  
1378  
1379  
1380  
1381  
1382  
1383  
1384  
1385  
1386  
1387  
1388  
1389  
1390  
1391

**Antrag Nr. LA029**

**Antragsteller: LMV Berlin**

**Zeilen: 79–81**

**Antragstext:**

Streichung der Sätze:

Zugleich schafft der Stamokap aber auch objektiv neue historische Möglichkeiten zum Bruch mit dem Kapitalismus und für den Übergang zum Sozialismus. Es entsteht eine Art Brücke hin zur nächst höheren Gesellschaftsformation.

**Begründung:**

Die Beschreibung des Stamokap im ersten Satz ist nicht richtig und auch überflüssig. Im Stamokap bilden sich die Bedingungen für den Bruch heraus. Das wird aber schon ab Zeile 82 beschrieben, diese bilden sich zudem gesetzmäßig und sind daher nicht neu.

Zum zweiten Satz:

Auch wenn es vielleicht als Metapher gemeint sein sollte, ist der Stamokap keine Brücke, sondern zwangsläufige Entwicklung aus dem Kapitalismus. Beide können also getrost gestrichen werden.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt durch Annahme der Empfehlung der AK zu LA028

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA030**

**Antragsteller: GO Stuttgart Nord**

**Zeilen: 80–81**

**Antragstext:**

Satz streichen: „Es... Gesellschaftsformation.“

**Begründung:**

Unklar und überflüssig.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA028

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA031**

**Antragsteller: WG Hamburg Nord**

**Zeilen: 84–85**

**Antragstext:**

Ersatzlos streichen: Es fehlt allerdings der veränderte politische Überbau.

**Begründung:**

Hier wird fälschlich der Eindruck erweckt, als würde durch eine Veränderung des politischen Überbaus (etwa durch Wahlen, durch Reformen) der Bruch mit dem kapitalistischen System vollzogen. Richtig weisen ja gerade die folgenden Zeilen auf die Rolle des Privateigentums an Produktionsmitteln, die bürgerliche Demokratie und den Staatsapparat hin.

<b>Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:</b>	1392
Annahme der Intention wie folgt: Zeile 83 ff. wie folgt ändern:	1393
... schaffen die objektiven Voraussetzungen für gesellschaftliche Planung und demokratischer Teilhabe am gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozess. Die Macht jedoch liegt weiterhin in den Händen der Kapitalisten ....	1394 1395 1396
<b>Begründung:</b>	1397 1398
<b>Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:</b>	1399 1400 1401 1402 1403
<b>Antrag Nr. LA032</b>	1404
<b>Antragsteller: LMV Berlin</b>	1405
<b>Zeilen: 84–89</b>	1406
<b>Antragstext:</b>	1407 1408
Hinter „... Bruch mit dem kapitalistischen System“	1409
Umformulierung bis Absatzende:	1410
Indem der Staat immer stärker von der Monopolbourgeoisie zur Erwirtschaftung von Extraprofiten genutzt wird, verringert sich seine Fähigkeit, gesellschaftlich ausgleichend zu wirken, was sich u.a. in fortschreitendem Sozialabbau (und damit der zunehmenden Verelendung immer größerer Teile der Bevölkerung), der Vernachlässigung öffentlicher Versorgungsaufgaben (etwa Bildungs- und Gesundheitswesen) bzw. deren Privatisierung und der verstärkten Ausbeutung der Staatsangestellten selbst ausdrückt. Daraus ergeben sich zunehmende gesellschaftliche Spannungen, die der Staat wiederum mit repressiven Mitteln zu unterdrücken sucht.	1411 1412 1413 1414 1415 1416 1417
<b>Begründung:</b>	1418 1419
Der Änderungsvorschlag liefert eine Begründung: dafür, warum und in welcher Form Voraussetzungen für den ‚Bruch‘ geschaffen werden.	1420 1421
Der Rest des Absatzes aus dem Entwurf kann entfallen, sein Inhalt schon vorher – in etwas anderen Formulierungen – dargestellt wurde.	1422 1423 1424
<b>Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:</b>	1425
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA031	1426 1427
<b>Begründung:</b>	1428 1429
<b>Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:</b>	1430 1431 1432 1433
<b>Antrag Nr. LA033</b>	1434
<b>Antragsteller: WG Frankfurt Nordwest-Eschersheim</b>	1435
<b>Zeilen: 89:</b>	1436
<b>Antragstext:</b>	1437 1438
Hinter Kapitalistenklasse einen Punkt setzen und Rest streichen.	1439 1440
<b>Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:</b>	1441
Ablehnung	1442 1443
<b>Begründung:</b>	1444
Der Begriff „ideeller Gesamtkapitalist“ stammt aus dem Manifest der Kommunistischen Partei (MEW 4, S. 464) und ist ein gängiger Standardbegriff in der marxistisch-leninistischen Staatstheorie.	1445 1446 1447 1448
<b>Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:</b>	1449

1450  
1451  
1452  
1453  
1454  
1455  
1456  
1457  
1458  
1459  
1460  
1461  
1462  
1463  
1464  
1465  
1466  
1467  
1468  
1469  
1470  
1471  
1472  
1473  
1474  
1475  
1476  
1477  
1478  
1479  
1480  
1481  
1482  
1483  
1484  
1485  
1486  
1487  
1488  
1489  
1490  
1491  
1492  
1493  
1494  
1495  
1496  
1497  
1498  
1499  
1500  
1501  
1502  
1503  
1504  
1505  
1506  
1507

### **Antrag Nr. LA034**

**Antragsteller: BDK Baden-Württemberg**

**Zeilen: 91**

**Antragstext:**

Einfügung: Der Stamokap schafft also die materiellen Voraussetzungen für den gesetzmäßigen Übergang zum ...

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Ablehnung**

**Begründung:**

Siehe die Begründung: zu LA026. „Gesetzmäßig“ ist der Kapitalismus spätestens seit 1848 reif für die Revolution.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

### **Antrag Nr. LA035**

**Antragsteller: BDK Baden-Württemberg**

**Zeilen: 95**

**Antragstext:**

Einfügen: ...werden. Die Kontrolle über die enormen gesellschaftlichen Produktionsmittel muss dem Kapital entzogen werden und in die Hände der Revolutionäre übergehen.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Ablehnung

**Begründung:**

Durch die sozialistische Revolution geht das Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln selbst- und nicht nur die „Kontrolle“, nicht „in die Hände der Revolutionäre“ über, sondern wird zum Eigentum des Proletariats und des werktätigen Volkes.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

### **Antrag Nr. LA036**

**Antragsteller: BMV Hamburg**

**Zeilen: nach 91–95**

**Antragstext:**

Ergänzen nach „...Sozialismus.“: „Damit daraus Wirklichkeit wird, muss die Arbeiterklasse kämpferischer und sich ihrer Perspektive bewusster werden. Aufgabe der Kommunisten ist es, an den Kämpfen aktiv und auch organisierend teilzunehmen und das Bewusstsein der sozialistischen Perspektive zu verbreiten.“

**Begründung:**

Dieser Einschub soll verdeutlichen, was zu ändern ist, damit aus dem Möglichkeit Wirklichkeit wird. (In die Puschen kommen!)

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Ablehnung

**Begründung:**

Zu den Problemen der Bewusstseinsentwicklung in der Arbeiterklasse äußert sich der Leitantrag ausführlicher in Kapitel A, III im Zusammenhang mit den Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse in den Zeilen 389–454; im Kapitel B III, Zeilen 928ffh. Zur Frage der Organisiertheit



und der Rolle der Kommunistischen Partei verweist die AK auf das Kapitel B II, insbesondere die Zeilen 794 ff und auf das Abschlusskapitel C, IV 1508  
1509

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:** 1510  
1511

**Antrag Nr. LA037** 1512  
1513

**Antragsteller:** GO Stuttgart-Süd 1514  
1515

**Zeilen:** 97–103 1516  
1517

**Antragstext:** 1518  
1519

Zeilen 97–103/Absatz ändern in: 1520

Der Prozess des Herankommens, der Vorbereitung und des Übergangs zu dieser sozialistischen 1521

Umwälzung wird nicht linear verlaufen. Erfolge und Rückschläge werden Teil dieses Prozes- 1522

ses sein. Mit der richtigen Strategie, die konsequent auf die Überwindung der kapitalistischen 1523

Ausbeutungsverhältnisse abzielt und stets die Interessen der gesamten Arbeiterklasse verfolgt, 1524

werden sich nach der langen Phase der Rückschläge jedoch zunehmend Erfolge einstellen. 1525

Ein nächster Zwischenschritt im Verlauf des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals kann 1526

dabei das Erkämpfen einer revolutionär-demokratischen Etappe sein. Darin wird die Macht der 1527

Monopole geschwächt und ihre Angriffe werden zurückgeschlagen, es werden immer stärkere 1528

politische Bastionen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gebildet und verteidigt. Struk- 1529

turen der Selbstorganisation und des Kampfes, sowohl in den Betrieben, als auch in ver- 1530

schiedenen politischen Teilbereichen werden gestärkt. Die Macht der Kapitalistenklasse wird 1531

unmittelbar in Frage gestellt und die entwickelten Produktivkräfte und der gesellschaftliche 1532

Reichtum werden zunehmend im Interesse der Gesamtheit eingesetzt – sei es durch Druck auf 1533

die Regierung oder durch direkte Aktionen der Enteignung. Der Klassenkampf wird intensiviert 1534

bis zum revolutionären Bruch und der endgültigen Lösung der Machtfrage. 1535  
1536

**Begründung:** 1537

In unserer überarbeiteten Version bleibt weniger Raum für eine Fehlinterpretation, die die be- 1538

schriebene Etappe als ruhige Phase irgendeiner Art linker Regierung deutet. Es wird deutlich, 1539

dass auch in dieser Phase mit Angriffen des Kapitals zu rechnen ist und der Prozess maß- 1540

geblich durch den Aufbau von Strukturen geprägt sein muss, die das bürgerliche Parlament 1541

ersetzen. 1542  
1543

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:** 1544

Annahme 1545  
1546

**Begründung:** 1547

Diese Version passt besser zur Argumentation zum Zusammenhang zwischen „Wende“ und 1548

den weiteren Schritten des revolutionären Weges. 1549  
1550

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:** 1551  
1552

**Antrag Nr. LA038** 1553  
1554

**Antragsteller:** Gruppe Essen-Frohnhausen/Holsterhausen 1555  
1556

**Zeilen:** 97–103 1557  
1558

**Antragstext:** 1558  
1559

Streichung der Zeilen 97–103 1560  
1561

**Begründung:** 1562

Dieser Absatz beschreibt strategische Überlegungen, die hier angesprochenen Punkte tauchen 1563

in Abschnitt B auf und sollten auch dort diskutiert werden. Hier ist der Absatz nur ein Einschub, 1564

der den Text weniger stringent macht. 1565

1566 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**  
1567 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA037

1568  
1569 **Begründung:**

1570  
1571 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**  
1572 **Antrag Nr. LA039**  
1573 **Antragsteller: MV Kiel**  
1574 **Zeilen: 97–103**  
1575 **Antragstext:**

1576  
1577 Ersetzen der Zeilen 97–103 durch folgenden Text:  
1578 Im Prozess des Herankommens, der Vorbereitung und des Übergangs zur sozialistischen Um-  
1579 wälzung kann es unterschiedliche Zwischenziele geben. Es können ebenfalls unterschiedliche  
1580 Phasen des Kampfes auf dem Weg zur sozialistischen Umwälzung bestehen, keine von ihnen  
1581 bildet jedoch eine eigene Gesellschaftsformation.  
1582 Aktuell stehen Abwehrkämpfe im Zentrum der Klassenauseinandersetzungen in unserem Land.  
1583 In diesen Kämpfen kann – wenn es gelingt, dass die Arbeiterklasse zu einheitlichem Handeln  
1584 findet, ihre Organisationen stärkt, ihrer Gegner erkennt und Illusionen in den bürgerlichen Staat  
1585 ablegt – ein Weg aus dieser Defensive entstehen. Das heißt allerdings nicht, dass wir es dann  
1586 nur noch mit einer unaufhaltsamen Offensive zu tun haben; vielmehr stehen alle Errungenscha-  
1587 ften permanent unter Beschuss, und so wird die Verteidigung von bereits Errungenem, solange  
1588 es Kapitalismus gibt, auf der Tagesordnung stehen. Wenn allerdings gesamtgesellschaftlich  
1589 eine Offensive der Arbeiterklasse auszumachen ist kann dies zu einer erweiterten Kampfbasis  
1590 gegen den Hauptgegner im Imperialistischen Deutschland das Deutsche Monopolkapital füh-  
1591 ren. Die dabei helfen kann, an die sozialistische Revolution heranführende Kämpfe zu begin-  
1592 nen. Wie diese aussehen werden ist heute nicht zu bestimmen; zu betonen ist, dass sie sich auf  
1593 die eigene Aktivität der Arbeiterklasse und mit ihr Verbündeter stützen müssen. Soweit gehend  
1594 diese Kämpfe in der Heranführung auch sein werden, sie können den Revolutionären Bruch  
1595 nicht ersetzen, vielmehr sind sie notwendig zur Veränderung des subjektiven Faktors.

1596  
1597 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**  
1598 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA037

1599  
1600 **Begründung:**

1601  
1602 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

1603  
1604  
1605  
1606 **Antrag Nr. LA040**  
1607 **Antragsteller: Stuttgart Nord**  
1608 **Zeilen: 97–106**  
1609 **Antragstext:**

1610  
1611 Absatz streichen

1612  
1613 **Begründung:**  
1614 Wird im Teil B genauer erläutert.

1615  
1616 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**  
1617 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA037

1618  
1619 **Begründung:**

1620  
1621 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

1622  
1623

**Antrag Nr. LA041**

**Antragsteller: GO Stuttgart-Süd**

**Zeilen: 105–106**

**Antragstext:**

105–106/Zeilen ändern in:

Eine genaue Beschreibung der Phase, die der Überwindung des Kapitalismus und dem Aufbau des Sozialismus vorangeht, eine Einschätzung ihrer Dauer, der darin herrschenden Regierungsformen etc. sind heute natürlich noch nicht möglich. Für uns entscheidend ist jedoch, dass es für diese Phase einer starken kommunistischen Partei bedarf, die dafür sorgt, dass das Ziel nie aus den Augen verloren wird und die Perspektive des Sozialismus in jedem Schritt erkennbar bleibt. Nur dann ist eine tatsächlich fortschrittliche Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in etwa der Art möglich, wie Lenin sie schon 1917 als Vorstufe der Revolution beschrieb:

**Begründung:**

In der bisherigen Version wird lediglich von einem „neuen Verhältnis zwischen Staat und Monopolen“ gesprochen. Dies ermöglicht Fehlinterpretationen, die von einem reformistischen Prozess, bzw. einfach einer linken Regierung ausgehen, die diesen Prozess gegen die Widerstände, bzw. evtl. sogar ohne größere Widerstände der Monopole in Gang setzt.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA037

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA042**

**Antragsteller: Kreis Tübingen**

**Zeilen: 99**

**Antragstext:**

„das Erkämpfen einer revolutionär-demokratischen Etappe sein“ ändern in „der Kampf um progressive Reformen sein“

**Begründung:**

Die Idee einer „Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ ist illusionär. Sie enthält Forderungen die im Kapitalismus grundsätzlich nicht durchsetzbar sind. Die realen Verteilungsspielräume des Kapitals sind zu eng als das nicht auch kleine Reformen grundsätzlich seine Herrschaft in Frage stellen würden. Diese Erkenntnis findet sich schon im Parteiprogramm der DKP: „Die DKP geht davon aus, dass die Spielräume für soziale und demokratische Reformen infolge der weltwirtschaftlichen Verflechtungen und der Macht der Transnationalen Konzerne, der enormen Staatsverschuldung und des Wegfalls des politischen Reformdrucks mit dem Ende des realen Sozialismus in Europa heute außerordentlich eng geworden sind.“ Eine Etappe unter der Herrschaft des Monopolkapitals, in der die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten in der Offensive sind und beginnen demokratische Alternativen durchzusetzen (siehe Z. 756ff & Z. 821ff) ist aus unserer Sicht unrealistisch, denn das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit wird sich im Kapitalismus nie grundlegend umkehren.

Realistischerweise schließen an erfolgreiche Abwehrkämpfe auf gesellschaftlicher Front (= Stopp der Offensive des Kapitals) zunächst eine Phase von Kämpfen an während der die Arbeiterklasse beginnt zunehmend offensiv für progressive Reformen im gesellschaftlichen Maßstab zu kämpfen. Dabei gehen wir weder davon aus, dass in dieser Phase Abwehrkämpfe verschwinden, noch dass die Offensivkämpfe grundsätzlich von Erfolg gekrönt sind.

Die Phase des antimonopolistischen Übergangs wird im Leitantrag weitestgehend ausgespart. Die Kampfetappe die „noch kein Sozialismus, aber schon kein Kapitalismus“ mehr sein soll taucht im Leitantrag nur hier und da völlig unvermittelt auf. Klassen- und Staatstrukturen dieser

1624  
1625  
1626  
1627  
1628  
1629  
1630  
1631  
1632  
1633  
1634  
1635  
1636  
1637  
1638  
1639  
1640  
1641  
1642  
1643  
1644  
1645  
1646  
1647  
1648  
1649  
1650  
1651  
1652  
1653  
1654  
1655  
1656  
1657  
1658  
1659  
1660  
1661  
1662  
1663  
1664  
1665  
1666  
1667  
1668  
1669  
1670  
1671  
1672  
1673  
1674  
1675  
1676  
1677  
1678  
1679  
1680  
1681

1682 Phase bleiben unterbelichtet. Durch die Aussparung entscheidender Fragen und die Betonung  
1683 der Einheitlichkeit des revolutionären Prozesses ergibt sich insgesamt viel Unklarheit über die  
1684 Heranführung und Notwendigkeit des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus.

1685

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

1687 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA037

1688

**Begründung:**

1690

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

1692

1693

1694

**Antrag Nr. LA043**

1695

**Antragsteller: LMV Berlin**

1696

**Zeilen: 97–103 und Zeilen 117–123:**

1697

**Absatz Zeilen 97–103:**

1698

**Antragstext:**

1699

1700

1701 Umformulierung: Ausgehend von der gegenwärtig noch immer anhaltenden Offensive der Mo-  
1702 nopolbourgeoisie, sind als Voraussetzung einer sozialistischen Umwälzung bestimmte Zwi-  
1703 schenschritte erforderlich. Zunächst ist es notwendig, durch möglichst umfassenden gesell-  
1704 schaftlichen Widerstand diese Offensive zu stoppen, d.h. die Macht und Handlungsfähigkeit  
1705 der Monopolbourgeoisie zu beschränken. Dem folgt dann der Kampf um eine revolutionär-  
1706 demokratische Etappe, die durch eine Stärkung der politischen Positionen der Arbeiterklasse  
1707 und anderer mit ihr verbündeten Bevölkerungsschichten gekennzeichnet ist, was gleichzeitig  
1708 zur weiteren Zurückdrängung der Macht der Monopolbourgeoisie führt. In dieser Etappe wird  
1709 der Klassenkampf bis unmittelbar an den revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Pro-  
1710 duktionsverhältnissen und der endgültigen Entscheidung der Machtfrage herangeführt.

1711

**Begründung:**

1712

1713 Der Änderungsantrag bleibt beim Anliegen des Entwurfs – der Beschreibung von notwendigen  
1714 Etappen, liefert aber (hoffentlich) eine verbesserte Darstellung hinsichtlich der Folgerichtigkeit  
1715 und Verständlichkeit.

1716

Absatz Zeilen 117–123

1717

gehört dann hinter die bisherige Zeile 95

1718

– mit folgender Umformulierung:

1719

1720 Lenin traf die Aussagen zum bevorstehenden Sozialismus vor 100 Jahren, kurz vor der Ok-  
1721 toberrevolution. Heute sind einerseits die objektiven materiellen Voraussetzungen dafür noch  
1722 weiter gereift. Andererseits sind der Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse und ihr Organisati-  
1723 onsgrad – anders als vor 100 Jahren – so schwach ausgeprägt, dass ihre Fähigkeit und Bereit-  
1724 schaft zu einer demokratischen oder gar sozialistischen Umwälzung derzeit kaum absehbar ist.  
1725 Nicht zuletzt in Folge der Niederlage des Sozialismus in Europa befinden wir uns in einer noch  
1726 immer anhaltenden Defensive und müssen mit der Herausbildung von Klassenbewusstsein  
1727 und der Organisation einer handlungsfähigen Arbeiterklasse weitgehend neu beginnen.

1728

**Begründung:**

1729

1730 Die Verschiebung dient der besseren Logik des Textaufbaus (und folgt aus der Verschiebung  
1731 des vorhergehenden Absatzes).

1730

1732 Die Umformulierung präzisiert den im Entwurf etwas unscharfen subjektiven Faktor'

1731

1732

1733

1734

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

1735

Zu Zeile 97–103: Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA037

1736

Zu Zeile 117–123: Annahme mit Umformulierung:

1737

1738

1739 Lenin traf die Aussagen zum bevorstehenden Sozialismus vor 100 Jahren, kurz vor der Ok-

toberrevolution. Heute sind einerseits die objektiven materiellen Voraussetzungen dafür noch weiter gereift. Andererseits sind der Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse und ihr Organisationsgrad – anders als vor 100 Jahren – so schwach ausgeprägt, dass ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu einer demokratischen oder gar sozialistischen Umwälzung derzeit nur sehr schwach entwickelt ist.

Nicht zuletzt in Folge der Niederlage des Sozialismus in Europa befinden wir uns in einer noch immer anhaltenden Defensive und müssen mit der Herausbildung von Bewusstsein der Klasse und der Organisation ihrer revolutionären kommunistischen Partei in weiten Bereichen eine echte Wiederaufbauarbeit leisten.

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

### **Antrag Nr. LA044**

**Antragsteller: Gruppe Münster**

**Zeilen: 111–115**

**Antragstext:**

Das zweite Lenin-Zitat nach „Und.... (LW 25, Seite 370)“ kann ganz gestrichen werden.

**Begründung:**

Das Zitat davor sagt genug aus, bzw. ist ausreichend. Die Formulierung „jüngster Kapitalismus“ ist leicht missverständlich in der heutigen Auseinandersetzung, deshalb sollte auch im Leitantrag nicht unnötig Anlass gegeben werden. Zumal wie es gemeint ist, an dieser Stelle des Antrags nicht ausgeführt werden sollte.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Annahme

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

### **Antrag Nr. LA045**

**Antragsteller: BMV Hamburg**

**Zeilen: 119–123**

**Antragstext:**

Zeile 119 ab „Andererseits ist ...“ bis Zeile 123 streichen und ersetzen durch:

„Andererseits befinden wir uns aufgrund von Zusammenbruch und Zerschlagung der meisten der sozialistischen Staaten in einer langanhaltenden Defensive. Jedoch zeigt das Streikjahr 2015, dass sich wieder vermehrt ökonomische Kämpfe entwickeln. Auf dem Boden der Erfahrungen der Oktoberrevolution ist es unsere Aufgabe, für die Entwicklung des subjektiven Faktors zu sorgen.“

**Begründung:**

Die Einschätzung, dass der subjektive Faktor „auf absehbare Zeit“ weder für eine demokratische noch für eine sozialistische Umwälzung herangereift ist, kann man so nicht treffen. Wir wissen beispielsweise aus den Erfahrungen im ersten Weltkrieg, dass die Arbeiterklasse es zwar nicht vermocht hat, den ersten Weltkrieg zu verhindern, dass sich aber dann im Laufe des Krieges spätestens ab 1916 die Stimmung in der Arbeiterklasse gewendet hat, hin zu einem konsequenten Kampf um Demokratisierung bzw. um die Macht im Staate. Deswegen sollte man diesen Satz streichen.

1798 Der Teilsatz „und müssen quasi von vorn beginnen“ entspricht nicht einem materialistisch-dia-  
1799 lektischen Geschichtsverständnis, nach dem wir historische Erfahrungen und Errungenschaf-  
1800 ten im dialektischen Sinne aufheben, also für uns nutzbar machen. Wir fangen in der Geschich-  
1801 te niemals von null an. Deswegen ist auch dieser Teilsatz zu streichen.  
1802

1803 Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK  
1804 zu LA043  
1805

1806 **Begründung:**

1807 Größere und kleiner Streikbewegungen, Protestaktionen gegen die Klima- und Umweltzerstö-  
1808 rung, teilweise große Massenkundgebungen gegen internationale Knebelverträge zu Gunsten  
1809 der Riesenkonzerne und Großbanken, sowie vielfältige antifaschistische Aktionen und Frie-  
1810 denskundgebungen, zeigen nicht nur, dass sich wieder vermehrt ökonomische und politische  
1811 Kämpfe entwickeln. Die Erfahrungen und Impulse der Oktoberrevolution sind nicht verloschen.  
1812 Es ist unsere Aufgabe, sie für die Entwicklung des subjektiven Faktors, des Klassenbewusst-  
1813 seins der arbeitenden Menschen zu nutzen und weiterzuentwickeln.  
1814

1815 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**  
1816  
1817

1818  
1819 **Antrag Nr. LA046**

1820 **Antragsteller: BMV Hamburg**

1821 **Zeilen: nach 118–123**

1822 **Antragstext:**  
1823

1824 Fortsetzen nach 118–123:

1825 „Zu unseren Aufgaben bei der Stärkung des „subjektiven Faktors“ gehört eine nachvollziehbare  
1826 Erklärung der Niederlage, die gegenüber der Verteufelung des untergegangenen europäischen  
1827 Sozialismus durch den Mainstream eine Alternative und eine Perspektive bietet.  
1828

1829 **Begründung:**

1830 Die Einschätzung, dass der subjektive Faktor „auf absehbare Zeit“ weder für eine demokra-  
1831 tische noch für eine sozialistische Umwälzung herangereift ist, kann man so nicht treffen. Wir  
1832 wissen beispielsweise aus den Erfahrungen im ersten Weltkrieg, dass die Arbeiterklasse es  
1833 zwar nicht vermocht hat, den ersten Weltkrieg zu verhindern, dass sich aber dann im Laufe des  
1834 Krieges spätestens ab 1916 die Stimmung in der Arbeiterklasse gewendet hat, hin zu einem  
1835 konsequenten Kampf um Demokratisierung bzw. um die Macht im Staate. Deswegen sollte  
1836 man diesen Satz streichen.

1837 Der Teilsatz „und müssen quasi von vorn beginnen“ entspricht nicht einem materialistisch-dia-  
1838 lektischen Geschichtsverständnis, nach dem wir historische Erfahrungen und Errungenschaf-  
1839 ten im dialektischen Sinne aufheben, also für uns nutzbar machen. Wir fangen in der Geschich-  
1840 te niemals von null an. Deswegen ist auch dieser Teilsatz zu streichen.  
1841

1842 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

1843 Annahme  
1844

1845 **Begründung:**  
1846

1847 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**  
1848  
1849  
1850  
1851  
1852  
1853  
1854  
1855



### Antrag Nr. LA047

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeile 121

Antragstext:

Einfügen als Satz 4 (nach ... herangereift): Die Arbeiterklasse ist sich in ihrer großen Mehrheit ihres fundamentalen Klassengegensatzes zu den Kapitalisten nicht politisch bewusst, „sozial-partnerschaftliche“ Illusionen und Standortideologie herrschen vor, ihr gewerkschaftlicher Organisationsgrad geht zurück, Kampferfahrungen sind verlorengegangen.

**Begründung:**

Das Zurückbleiben des subjektiven Faktors muss in aller Kürze beschrieben und erläutert werden.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:** Ablehnung

**Begründung:**

Die AK teilt die Intentionen der Antragsteller, denn diese ist mit den Zeilen 401–485 noch detaillierter und konkreter abgedeckt.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

### Antrag Nr. LA048

Antragsteller: Oberhausen/Mülheim an der Ruhr

Zeilen: 123

Antragstext:

Der Halbsatz in Zeile 123: „...und müssen quasi von vorn anfangen“ soll gestrichen werden.

**Begründung:**

Wir müssen nicht „von vorne anfangen“ – im Gegenteil. Jahrzehnte kalter Krieg, Hetze gegen die SU und die DDR und ihre positiven Errungenschaften seit ihrer Gründung bis heute, aber auch bittere Erfahrungen mit Fehlentwicklungen und Verbrechen in bestimmten Phasen des realen Sozialismus haben Spuren im Bewusstsein großer Teile der arbeitenden Bevölkerung hinterlassen. Der reale Sozialismus ist anders als vor der Oktoberrevolution nicht mehr nur Utopie, sondern reale Erfahrung. Deren positive und negativen Aspekte gehören zu unserem Erfahrungswissen als Kommunist\*innen. Das gilt es mit zu berücksichtigen. Das schafft positive Möglichkeiten und Schwierigkeiten zugleich. „Gehen Sie zurück auf Los“...ein „von vorne anfangen“ dieser Art gibt es nur in Würfelspielen.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Annahme. Zugleich erledigt durch Annahme der Empfehlung der AK zu LA043

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

### Antrag Nr. LA049

Antragsteller: KMV Regensburg

Zeilen: 123

Antragstext:

Streichen: ... und müssen quasi von vorn beginnen.“

**Begründung:**

Floskel. Und falsch: Auch die Niederlagen sind Bestandteil unserer Geschichte und aus Nie-

1856  
1857  
1858  
1859  
1860  
1861  
1862  
1863  
1864  
1865  
1866  
1867  
1868  
1869  
1870  
1871  
1872  
1873  
1874  
1875  
1876  
1877  
1878  
1879  
1880  
1881  
1882  
1883  
1884  
1885  
1886  
1887  
1888  
1889  
1890  
1891  
1892  
1893  
1894  
1895  
1896  
1897  
1898  
1899  
1900  
1901  
1902  
1903  
1904  
1905  
1906  
1907  
1908  
1909  
1910  
1911  
1912  
1913

1914 derlagen lernen wir.

1915

1916

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

1917

Annahme. Zugleich erledigt durch Annahme der Empfehlung der AK zu LA043

1918

1919

**Begründung:**

1920

1921

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

1922

1923

1924

**Antrag Nr. LA050**

1925

**Antragsteller: KMV Offenbach**

1926

**Zeilen: 123**

1927

**Antragstext:**

1929

1930

Zeile 123: streichen: „und müssen quasi von vorne beginnen“

1931

1932

**Begründung:**

1933

Das ist schlichtweg FALSCH!

1934

1935

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

1936

Annahme. Zugleich erledigt durch Annahme der Empfehlung der AK zu LA043

1937

1938

**Begründung:**

1939

1940

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

1941

1942

1943

**Antrag Nr. LA051**

1944

**Antragsteller: BMV Nordbayern**

1945

**Zeilen 121–123:**

1946

**Antragstext:**

1947

1948

1949

Ursprünglicher Text: Nicht zuletzt aufgrund der Niederlage des realen Sozialismus in Europa

1950

befinden wir uns in einer langanhaltenden Defensive und müssen quasi von vorn beginnen.

1951

1952

NEU: Nicht zuletzt aufgrund der Niederlage des realen Sozialismus in Europa befinden wir uns

1953

in einer langanhaltenden Defensive und müssen, aufbauend auf den Erfahrungen, neu begin-

1954

nen.

1955

1956

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

1957

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA043

1958

1959

**Begründung:**

1960

1961

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

1962

1963

1964

**Antrag Nr. LA052**

1965

**Antragsteller: Gruppe Köln Innenstadt**

1966

**Zeilen: 128**

1967

**Antragstext:**

1968

1969

1970

Einzufügen ab Zeile 128:

1971

Treibendes Moment ist der „Zwang zur Vergrößerung des Kapitals und zur Produktion von

Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter zur ständigen Umwandlung von Profit in zusätzliches Kapital und zur Zentralisation des Kapitals“ (Programm der DKP). Der Imperialismus hat seine jetzige Gestalt über mehrere Etappen erreicht. (Dann weiter wie ab Zeile 131)

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Annahme

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA053**

**Antragsteller: LMV Berlin**

**Zeilen 131–138:**

**Antragstext:**

(erste Etappe): Zweiter Satz „Sie bringt...“

Ersetzen durch: Bereits hier entfaltet der Imperialismus seine von Lenin beschriebenen Hauptmerkmale, die sich bis heute nicht grundlegend geändert haben. Insbesondere zeigen sich auch schon die Interessenkonflikte zwischen den imperialistischen Mächten. Deren Zuspitzung bringt den ersten imperialistischen Weltkrieg hervor, in dessen Folge der aufstrebende US-Imperialismus den britischen Imperialismus als globale Führungsmacht ablöst.

**Begründung:**

Im Entwurf fehlt eine Begründung: für das ‚Hervorbringen‘ des I. Weltkriegs. Dies wird mit der Änderung formuliert.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Annahme mit veränderter Zuordnung: Bezieht sich nur auf die Zeilen 131–135

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA054**

**Antragsteller: KMV Regensburg**

**Zeilen 133–135:**

**Antragstext:**

Streichen: „Sie bringt den ersten imperialistischen Weltkrieg hervor ... Führungsmacht ablöst.“  
 Stattdessen: Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt, bei dem der deutsche Imperialismus eine treibende Rolle spielt, führt zur offenen kriegerischen Auseinandersetzung: dem ersten Weltkrieg. Als eine seiner Folgen löst der junge und aufstrebende US-Imperialismus den britischen Imperialismus als globale Führungsmacht ab.“

**Begründung:**

In der ursprünglichen Form heißt das, dass sie = die Etappe, den Weltkrieg hervorbringt. Das ist sprachlich ungenau. Nicht die Etappe bringt etwas hervor, sondern die Widersprüche dieser Zeit.

Das Aufsteigen des US-Imperialismus ist nicht nur eine der Folgen. Die ursprüngliche Formulierung „In der Folge ...“ ist ungenau.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA053

1972  
1973  
1974  
1975  
1976  
1977  
1978  
1979  
1980  
1981  
1982  
1983  
1984  
1985  
1986  
1987  
1988  
1989  
1990  
1991  
1992  
1993  
1994  
1995  
1996  
1997  
1998  
1999  
2000  
2001  
2002  
2003  
2004  
2005  
2006  
2007  
2008  
2009  
2010  
2011  
2012  
2013  
2014  
2015  
2016  
2017  
2018  
2019  
2020  
2021  
2022  
2023  
2024  
2025  
2026  
2027  
2028  
2029

2030  
2031  
2032  
2033  
2034  
2035  
2036  
2037  
2038  
2039  
2040  
2041  
2042  
2043  
2044  
2045  
2046  
2047  
2048  
2049  
2050  
2051  
2052  
2053  
2054  
2055  
2056  
2057  
2058  
2059  
2060  
2061  
2062  
2063  
2064  
2065  
2066  
2067  
2068  
2069  
2070  
2071  
2072  
2073  
2074  
2075  
2076  
2077  
2078  
2079  
2080  
2081  
2082  
2083  
2084  
2085  
2086  
2087

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA055**

**Antragsteller: BMV Hamburg**

**Zeilen: 152–196**

**Antragstext:**

Zeile 152–196 ersetzen durch:

„Auf die Große Weltwirtschaftskrise ab 1929, die die allgemeine Krise des Systems verschärft, sucht der Imperialismus eine zweifache Antwort: Der reaktionärste Teil der imperialistischen Bourgeoisien sucht einen Ausweg aus der Systemkrise in Form des Faschismus und eines neuen weltweiten Kriegs um die Aufteilung der Welt. Der US-Imperialismus versucht zunächst im Rahmen seiner Politik des New Deals mit keynesianistischen Maßnahmen einen Weg aus der Krise zu finden. Am Ende ist die aber die einzige „Lösung“ der Krise auch in den USA der Krieg. Der 2. Weltkrieg beendet mit einem qualitativen Einschnitt diese Entwicklungsetappe des Imperialismus.

Es beginnt seine dreißig Jahre währende dritte Etappe: Der Kampf der Anti-Hitler-Koalition endet nicht, wie die reaktionären Kreise in den imperialistischen Staaten hoffen, mit einer noch weitergehenden Schwächung, sondern letztlich sogar mit einer Stärkung des Sozialismus. Von Osteuropa bis zur Elbe wird in vielen Staaten der Sozialismus aufgebaut. International nutzen die USA ihre eindeutige Vorherrschaft und das gemeinsame Ziel >Rollback des Sozialismus<, um die ökonomische Konkurrenz der imperialistischen Staaten untereinander im Interesse der USA zu steuern.

Einerseits ist der deutsche Imperialismus in dieser Phase geschwächt. Durch die Existenz der sozialistischen DDR sind ihm nicht nur wichtige Produktions- und Absatzmärkte verlorengegangen, die Existenz der DDR alleine sorgt für eine gewisse Zähmung des deutschen Imperialismus. Um diesen aber als Front gegen den Sozialismus überlebensfähig zu halten, wird ihm andererseits von den USA wieder auf die Beine geholfen. Den sozialistischen Ländern (gestärkt auch durch die Chinesische Revolution) gelingt es, politisch, ökonomisch, militärisch und ideologisch eine Alternative zum kapitalistischen System zu entwickeln. Dies setzt den deutschen Imperialismus auch politisch und ideologisch unter Druck.

Auf der anderen Seite ist der deutsche Imperialismus ökonomisch aber extrem stark, was auf einer historischen Ausnahmesituation beruht, in der verschiedene Faktoren zusammentreffen, die den ökonomischen Aufschwung befeuern: Nach dem Krieg tritt der Imperialismus in eine Phase der nachholenden Kapitalakkumulation ein (Wiederaufbau). Gleichzeitig werden neue Industriezweige aufgebaut (z. B. Automobilindustrie). Das hohe wirtschaftliche Wachstum versetzt den Imperialismus in die Lage, mehr von dem erwirtschafteten Produkt an die unteren Klassen und Schichten abzugeben. Steigende Löhne steigern wiederum die Nachfrage, so dass für einige Zeit ein sich selbst tragender Aufschwung entsteht.

In dieser Situation setzt der deutsche Imperialismus auf eine Doppelstrategie, um dem stark gewordenen sozialistischen Lager und dem Aufschwung der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern entgegenzuwirken: Zuckerbrot und Peitsche für die deutsche Arbeiterklasse. Einerseits fährt die deutsche Bourgeoisie eine ideologische Offensive gegen das sozialistische Lager (Antikommunismus), welche durch politische Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse begleitet wird (KPD-Verbot, Berufsverbote, Verbot des politischen Streiks...). Auf der anderen Seite setzt die deutsche Bourgeoisie auf die Einbindung und Neutralisierung der Arbeiterklasse und der revolutionären Kräfte, vor allem mit dem Mittel sozialer Zugeständnisse. Ab den 1960er Jahren besteht eine große Nachfrage nach Arbeitskräften, was die Arbeiterklasse in eine gute Ausgangslage für den ökonomischen Kampf bringt. Gleichzeitig ist die Bourgeoisie ökonomisch in einer solch starken Position, dass sie die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse ohne Probleme verkraftet und nebenbei auch in die Korruption der Arbeiterklasse (Arbeiteraristokratie) investieren kann.

Wie erfolgreich der deutsche Imperialismus mit seiner Doppelstrategie ist, sieht man an der großen Integrationskraft, die das monopolkapitalistische System in dieser Periode hat: Als

eine Folge der Einbindungspolitik, v. a. mit dem Mittel der sozialen Zugeständnisse, orientieren die Gewerkschaften nicht auf eine kämpferische Politik zur Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse, sondern auf Sozialpartnerschaft. Die Sozialdemokratie rückt nach rechts und entsorgt den Marxismus. Aufgrund dieser Entwicklung – bei gleichzeitigem wirtschaftlichem Aufschwung – werden die Jahre 1945 bis 1975 nach den Worten von Eric Hobsbawm >die goldenen 30 Jahre des Kapitalismus< genannt.“

**Begründung:**

Im Leitantrag wird an dieser Stelle dargelegt, der Imperialismus sei in der Phase nach dem 2. Weltkrieg geschwächt und ihm stünde eine starke Arbeiterklasse mit dem sozialistischen Lager im Rücken gegenüber. Dies sei der Grund dafür, dass die Arbeiterklasse Verbesserungen ihrer Lage durchsetzen kann und es eine Art Klassenkompromiss gäbe, weshalb diese Phase auch „die goldenen 30 Jahre des Kapitalismus“ genannt würde.

Diese Analyse ist nicht materialistisch, da sie sich nicht mit den diesen Entwicklungen zugrundeliegenden ökonomischen Prozessen und Gesetzmäßigkeiten auseinandersetzt. Sie ist außerdem eine wesentliche Grundlage für die Annahme, dass eine erneut erstarkte Arbeiterklasse auch heute dem Imperialismus wesentliche soziale Zugeständnisse abringen könnte („Wende zum sozialen Fortschritt“) – was aber aufgrund der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus und der allgemeinen Krise des Systems illusionär ist.

Entgegen der Darstellung im Leitantrag gab es keinen „Klassenkompromiss“, sondern es herrschte Klassenkampf: Der Imperialismus führte ihn politisch und ideologisch gegen die Arbeiterklasse und die revolutionären Kräfte und auch gegen das sozialistische Lager – und war in beiden Bereichen erfolgreich. Ökonomisch konnte die Arbeiterklasse Verbesserungen ihrer Lage durchsetzen. Grund dafür war aber nicht eine im Leitantrag formulierte Schwäche des Imperialismus oder allein die Existenz des sozialistischen Lagers. Für die Erfolge der Arbeiterklasse im ökonomischen Kampf gab es vor allem zwei Gründe:

1. war die Arbeiterklasse aufgrund der historisch besonderen ökonomischen Situation in einer guten Ausgangslage für den ökonomischen Kampf
2. war der Imperialismus in dieser Phase ökonomisch sehr stark und konnte es sich deshalb leisten, der Arbeiterklasse Zugeständnisse zu machen. Zusätzlich nutzte er diese Zugeständnisse für seinen ideologischen Kampf gegen das sozialistische Lager und auch zur Zersetzung der Kampfkraft der deutschen Arbeiterklasse.

**Begründung:** zu „mit einer noch weitergehenden Schwächung, sondern letztlich sogar mit einer Stärkung des Sozialismus“:

Der Faschismus stellt bereits eine enorme Schwächung der sozialistischen Kräfte in Europa dar. Ohne Nazi-Deutschland wären wir heute wohl deutlich weiter.

**Begründung:** zu „Einerseits ist der deutsche Imperialismus in dieser Phase geschwächt. Durch die Existenz der sozialistischen DDR sind ihm nicht nur wichtige Produktions- und Absatzmärkte verlorengegangen, die Existenz der DDR alleine sorgt für eine gewisse Zähmung des deutschen Imperialismus. Um diesen aber als Front gegen den Sozialismus überlebensfähig zu halten, wird ihm andererseits von den USA wieder auf die Beine geholfen.“:

Die USA haben dem deutschen Imperialismus nicht ohne Grund unterstützt. Das sozialistische Lager ist der Grund für diese Unterstützung und keine zufällige Begrenzung seiner Möglichkeiten.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Teilweise Annahme mit Änderungen in Form der leicht modifizierten folgenden Passage in Anschluss an Zeile 173. Rest als Arbeitsmaterial an den PV.

Der Einschub lautet:

„Dies setzt auch den deutschen Imperialismus politisch und ideologisch unter Druck. Auf der anderen Seite ist der deutsche Imperialismus ökonomisch aber extrem stark, was auf einer historischen Ausnahmesituation beruht: Nach dem Krieg tritt der deutsche Imperialismus in eine Phase der nachholenden Kapitalakkumulation ein (Wiederaufbau). Gleichzeitig werden neue Industriezweige aufgebaut (z. B. Automobilindustrie). Das hohe wirtschaftliche Wachstum versetzt den Imperialismus in die Lage, mehr von dem erwirtschafteten Produkt an die unteren

2146 Klassen und Schichten abzugeben. Steigende Löhne steigern wiederum die Nachfrage, so  
2147 dass für einige Zeit ein sich selbst tragender Aufschwung entsteht.  
2148 In dieser Situation setzt der deutsche Imperialismus auf eine Doppelstrategie, um dem stark  
2149 gewordenen sozialistische Lager und dem Aufschwung der Arbeiterbewegung in den imperi-  
2150 alistischen Ländern entgegenzuwirken: „Zuckerbrot und Peitsche“ im Inneren (einschließlich  
2151 KPD-Verbot) und friedliche Koexistenz gegengenüber dem realen Sozialismus zum Zweck der  
2152 ideologische Unterwanderung gekoppelt mit Wiederaufrüstung, Militarisierung und Beitritt zum  
2153 aggressiven NATO-Pakt.

2154  
2155

**Begründung:**

2156 Die Erweiterungen sind im ersten Teil eher redaktioneller Art. Im zweiten Teil stimmt die AK  
2157 inhaltlich den Einschätzungen zur Rekonstruktionsphase des deutschen Imperialismus nach  
2158 1945 inhaltlich weitgehend zu. Sie ist jedoch der Meinung, dass es in diesem Leitantrag um die  
2159 Gesamtschau auf den Imperialismus als Weltsystem geht und deshalb die langen Ausführungen  
2160 den Rahmen sprengen. Sie werden als Arbeitsmaterial an den PV für eine möglich künftige  
2161 Überarbeitung/Neufassung des Parteiprogramms empfohlen – sofern der Parteitag einen sol-  
2162 chen Beschluss fasst.

2163 Die AK empfiehlt an dieser Stelle nur einen kurzen Teil dieser Anmerkungen zum BRD-Imperi-  
2164 alismus einzufügen.

2165  
2166

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

2167  
2168  
2169

**Antrag Nr. LA056**

2170 **Antragsteller: Gruppe Essen-Frohnhausen/Holsterhausen**

2171 **Zeilen: 156–196**

2172 **Antragstext:**

2173  
2174

Zeilen 156–196 ändern in:

2175 „Die damit verbundenen staatsmonopolistisch erweiterten Anlagemöglichkeiten für das Kapital  
2176 in der Rüstung, sowie die enorme Vernichtung von Kapital im Krieg sorgen dabei für eine zeit-  
2177 weilige Lösung der kapitalistischen Krise.

2178  
2179

2180 Das Ende des Weltkriegs markiert das Ende der zweiten und den Beginn der dritten Etappe der  
2181 Entwicklung des Imperialismus. In einem Drittel der Erde wird der Sozialismus aufgebaut. Die  
2182 chinesische Revolution stärkt den sozialistischen Block. Dem sozialistischen Staatenbündnis ge-  
2183 lingt es, politisch, ökonomisch, militärisch und ideologisch eine Alternative zum kapitalistischen  
2184 System zu entwickeln. Es erkämpft unter großen ökonomischen Anstrengungen ein militärisches  
2185 und politisches Gleichgewicht zum Imperialismus. Antikoloniale und Befreiungsbewegungen er-  
2186 kämpfen sich bedeutende Erfolge und orientieren sich teilweise an den sozialistischen Staaten.  
2187 Insbesondere der deutsche Imperialismus ist geschwächt. Ihm wird zwar von den USA wieder  
2188 auf die Beine geholfen, aber seine Macht wird durch die Existenz der sozialistischen DDR einge-  
2189 schränkt. Gleichzeitig wird die militärische und teilweise auch die ökonomische Konkurrenz der  
2190 imperialistischen Staaten untereinander durch die eindeutige Vorherrschaft der USA begrenzt.

2191  
2192

2193 Die Existenz des sozialistischen Lagers sowie eine starke Arbeiter- und Gewerkschaftsbewe-  
2194 gung in den imperialistischen Staaten zwingen das Monopolkapital zu relativ weitgehenden Zu-  
2195 geständnissen, was die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse und anderer ab-  
2196 hängiger Schichten verbessert. Gleichzeitig stärkt es die Integrationskraft des Imperialismus.  
2197 Im Westen gewinnen in vielen kommunistischen Parteien eurokommunistische oder andere re-  
2198 visionistische Strömungen die Oberhand. Die Sozialdemokratie rückt nach rechts und entsorgt  
2199 den Marxismus. Innerhalb des Monopolkapitals setzt sich in diesem Zuge eine politische Linie  
2200 durch, die realistischerweise weniger auf eine direkte militärische Bekämpfung des Sozialismus  
2201 als auf eine „Erdrosselung durch Umarmung“ setzt und damit letztlich erfolgreich ist.

2202  
2203

**Begründung:**

Wir haben den Abschnitt lediglich umgestellt und wenig neu formuliert. Die Neuformulierung



und Umstellung ist aus unserer Sicht insgesamt kürzer und prägnanter. Außerdem berücksichtigt sie folgende Punkte etwas besser:

1. Es hat nie einen „Klassenkompromiss“ gegeben und auch der New Deal kam nicht einfach so. Innerhalb des Monopolkapitals hatten sich im Streit über die Frage, wie die gemeinsamen reaktionären Ziele zu erreichen sind, die Kräfteverhältnisse verschoben.
2. Krieg und Aufrüstung sind eine wichtige „Krisenlösungsstrategie“ des Kapitals.
3. Die Veränderung in der Strategie des Monopolkapitals als Reaktion auf das relativ starke sozialistische Lager wird jetzt genauer benannt, inkl. seiner Folgen: Zugeständnisse und Integration der Arbeiterbewegung mit Wirkung bis hinein in die kommunistischen Parteien.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Annahme mit Änderungen bei Übernahme eines Passus in folgender Form als Ersatz für die bisherigen Zeilen 181–185:

Die Existenz des sozialistischen Lagers sowie eine starke Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den imperialistischen Staaten zwingen das Monopolkapital zu relativ weitgehenden Zugeständnissen, was die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse und anderer abhängiger Schichten verbessert.

**Begründung:**

Der Antrag ist weitestgehend erledigt bei Annahme der Empfehlung zu LA053. Der Antragsteller betont selbst, dass es sich weitgehend um redaktionellen Änderungen handelt. Jedoch ist der zur Übernahme empfohlene Passus ein zusätzlicher Aspekt.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA057**

**Antragsteller: LMV Berlin**

**Zeilen: 152–160:**

**Antragstext:**

Weltwirtschaftskrise/Faschismus/'New Deal') – Umformulierung:

Zur Bewältigung der Großen Weltwirtschaftskrise ab 1929, die die allgemeine Krise des imperialistischen Systems zuspitzt, entwickelt die Monopolbourgeoisie in Abhängigkeit von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen zwei unterschiedliche Strategien. In Westeuropa, wo es eine stark organisierte Arbeiterbewegung gibt und die Möglichkeit der revolutionären Überwindung des Imperialismus zu bestehen scheint, sucht der reaktionärste Teil der Monopolbourgeoisie einen Ausweg aus der Krise durch den Faschismus als Form ihrer Machtausübung und einen neuen Krieg um die Aufteilung der Welt. In den USA wurde mit der Politik des „New Deal“ der Versuch unternommen, das ökonomische und gesellschaftliche System durch einen vorübergehenden Verzicht auf einen Teil der Profite zu stabilisieren und längerfristig durch bestimmte soziale Zugeständnisse eine Einbindung der Arbeiterklasse in das kapitalistische System zu erreichen – eine Strategie, die man als „Klassenkompromiss“ bezeichnen kann und die nach 1945 für über drei Jahrzehnte auch für die Entwicklung in Westeuropa und Japan charakteristisch sein sollte.

Der erste Satz im nächsten Absatz (Z. 162) wird ersetzt durch: Der 2. Weltkrieg beendet mit einem qualitativen Einschnitt diese Entwicklungsetappe des Imperialismus.

**Begründung:**

Der Originaltext benennt keine Ursachen der unterschiedlichen Strategien. War die Bourgeoisie der USA weniger reaktionär oder unterschieden sich eher die Voraussetzungen (etwa war in Europa wegen der stärkeren Arbeiterbewegung die Gefahr des Zusammenbruchs des Imp. deutlich größer)? Im Änderungsvorschlag werden die beiden Strategien als solche benannt und aus der jeweiligen gesellschaftlichen Situation begründet.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Ablehnung

2204  
2205  
2206  
2207  
2208  
2209  
2210  
2211  
2212  
2213  
2214  
2215  
2216  
2217  
2218  
2219  
2220  
2221  
2222  
2223  
2224  
2225  
2226  
2227  
2228  
2229  
2230  
2231  
2232  
2233  
2234  
2235  
2236  
2237  
2238  
2239  
2240  
2241  
2242  
2243  
2244  
2245  
2246  
2247  
2248  
2249  
2250  
2251  
2252  
2253  
2254  
2255  
2256  
2257  
2258  
2259  
2260  
2261

2262  
2263  
2264  
2265  
2266  
2267  
2268  
2269  
2270  
2271  
2272  
2273  
2274  
2275  
2276  
2277  
2278  
2279  
2280  
2281  
2282  
2283  
2284  
2285  
2286  
2287  
2288  
2289  
2290  
2291  
2292  
2293  
2294  
2295  
2296  
2297  
2298  
2299  
2300  
2301  
2302  
2303  
2304  
2305  
2306  
2307  
2308  
2309  
2310  
2311  
2312  
2313  
2314  
2315  
2316  
2317  
2318  
2319

**Begründung:**

Die AK folgt nicht der Einschätzung, dass in diesem Abschnitt des LA die zwei unterschiedlichen Antworten auf die Krise von 1929 nicht begründet werden.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA058**

**Antragsteller: KMV Regensburg**

**Zeilen: 158:**

**Antragstext:**

„... bezeichnen kann. Sie ...“

Das „Sie“ ersetzen durch: „Die Politik der Klassenversöhnung wird nach 1945 ...“

**Begründung:**

Auf was bezieht sich das Wort „Sie“? Satztechnisch auf das Wort „Ausnahmeperiode“ im Satz zuvor. Das ist aber falsch.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Ablehnung

**Begründung:**

Unnötige sprachliche Dopplung. Der grammatikalische Bezug ist durch das sich auf „Ausnahmeperiode“ beziehende „Sie“ ist sowohl semantisch eindeutig als auch politisch korrekt.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA059**

**Antragsteller: Gruppe Münster**

**Zeilen: 159–160**

**Antragstext:**

Streichung der Zeilen 159–160 ab „Der 2. Weltkrieg ...“

und Änderung in Zeile 162 „Es beginnt die dritte Etappe des Imperialismus:“

**Begründung:**

Es ist völlig unklar worauf sich „diese Entwicklungsetappe“ hier bezieht. Der Satz widerspricht zudem dem vorausgehenden Satz, indem beschrieben wird, dass der Klassenkompromiss die Entwicklungen nach 1945 prägt. Der folgende Abschnitt muss geändert werden, da sonst der Bezug nicht mehr gegeben ist.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Ablehnung

**Begründung:**

Die Entwicklungsetappe wird in den Zeilen 149–159 erklärt. Die folgende Zeile stellt hier nur deren Ende fest und leitet über zur dritten Etappe.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA060**

**Antragsteller: LMV Berlin**

**Zeilen 167–179 sowie 181–196:**

**Antragstext:**

„Der deutsche Imperialismus... Die Periode des Klassenkompromisses erreicht ihre Hochzeit“

**Änderungsvorschlag:**

Mit dem 2. Weltkrieg hat der Imperialismus zunächst seine Überproduktionskrise bewältigt.

Der deutsche Imperialismus ist durch seine Niederlage deutlich geschwächt und stellt auf ab-

sehbare Zeit keine unmittelbare Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Mächten dar.

Andererseits wird aus deren Sicht in der Auseinandersetzung mit dem sich in sozialistischer

Richtung entwickelnden Staatenbündnis ein kapitalistisches Deutschland gebraucht. Deshalb

betreiben die Westmächte, allen voran die USA, die ‚Wiederbelebung‘ des deutschen Imperi-

alismus. Gleichzeitig bildet sich mit den am Sozialismus orientierten und mit der Sowjetunion

verbündeten Volksdemokratien eine immer stärker werdende Alternative zum Imperialismus

heraus, der es unter großen ökonomischen Anstrengungen schrittweise gelingt, ein politisches

und militärisches Gleichgewicht zu erringen. Diese Konstellation stärkt auch die Positionen der

Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und setzt dem Imperialismus Grenzen für

seine aggressiven Bestrebungen.

Die Großbourgeoisie führt in dieser Situation die Klassenauseinandersetzung einerseits mit

Hilfe ihres Staats in repressiver Form, indem sie gezielt gegen den bewusstesten Teil der Ar-

beiterklasse vorgeht, was seinen ersten Höhepunkt mit dem Verbot der KPD im Jahre 1956 er-

reicht. Andererseits versucht sie mit der Strategie des sogenannten Klassenkompromisses die

Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften zu untergraben. Kern dieser

Strategie ist die Ideologie der „Sozialpartnerschaft“, also die Verneinung der Existenz objekti-

ver Gegensätze von Klasseninteressen.

**Begründung:**

Die Darstellung im Entwurf ist etwas unsystematisch; es fehlt auch die Benennung der Ursa-

chen für das Beschriebene. Beides wird mit der Änderung (hoffentlich) verbessert.

b) Für die Folgeabsätze (Zeile 181 bis 196) resultieren daraus direkt weitere Änderungen, um an

das Gesagte anzuschließen und dabei die Systematik zu erhalten:

Im Inneren äußert sich diese Konstellation wirtschafts- und sozialpolitisch darin, dass das herr-

schende Monopolkapital vorübergehend zu bestimmten Zugeständnissen bereit ist, die den

von ihr unterdrückten Klassen und Schichten einen etwas größeren Anteil am erwirtschafteten

Reichtum lassen. Der Arbeiterbewegung gelingt es, Verbesserungen ihrer Lage in Bezug auf

soziale und Mitbestimmungsrechte durchzusetzen.

Nach außen sind die Möglichkeiten des Imperialismus einerseits durch die Existenz des sozi-

alistischen Staatenbündnisses eingeschränkt. Andererseits sind Machtkampf und Konkurrenz

der imperialistischen Mächte untereinander in dieser Phase begrenzt, was neben der Hegemo-

nie der USA vor allem darauf zurückzuführen ist, dass der Zustand einer permanenten Über-

produktionskrise noch nicht wieder erreicht ist und somit trotz einiger Zugeständnisse ausrei-

chend hohe Profite realisierbar sind.

Dies spiegelt sich in einem vergleichsweise hohen wirtschaftlichen Wachstum bei relativ gerin-

ger Arbeitslosigkeit wider.

Ideologisch markiert diese Phase bereits den Beginn der neuen Offensive des Kapitals. Es ge-

lingt ihm, große Teile der Arbeiterklasse in das monopolkapitalistische System zu integrieren.

Die Gewerkschaftsführungen orientieren auf den „Klassenkompromiss“, die Sozialdemokratie

verabschiedet sich endgültig von der Interessenvertretung der Arbeiterklasse und von mar-

xistischen Grundlagen. Viele kommunistische Parteien im Westen verlieren ihre Massenbasis.

**Begründung:**

Zunächst der Anschluss an das zuvor Gesagte...

2320  
2321  
2322  
2323  
2324  
2325  
2326  
2327  
2328  
2329  
2330  
2331  
2332  
2333  
2334  
2335  
2336  
2337  
2338  
2339  
2340  
2341  
2342  
2343  
2344  
2345  
2346  
2347  
2348  
2349  
2350  
2351  
2352  
2353  
2354  
2355  
2356  
2357  
2358  
2359  
2360  
2361  
2362  
2363  
2364  
2365  
2366  
2367  
2368  
2369  
2370  
2371  
2372  
2373  
2374  
2375  
2376  
2377

2378 Außerdem wird bei der Gelegenheit die Darstellung insgesamt präzisiert, besonders mit dem  
2379 Ziel der besseren Darstellung von Zusammenhängen.

2380

2381

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

2382

Ablehnung

2383

2384

**Begründung:**

2385

Der Text bringt keine wesentlichen neuen Punkte im Vergleich zum Original; es werden lediglich die Punkte „Der Imperialismus ist geschwächt“ (Z.167), ihm werden „von den USA auf die Beine geholfen“ (Z.168) ... etwas ausführlicher beschrieben.

2386

2387

2388

2389

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

2390

2391

2392

2393

**Antrag Nr. LA061**

2394

**Antragsteller: MV Kiel**

2395

**Zeilen: 172–173**

2396

**Antragstext:**

2397

letzten Satz ersatzlos streichen

2398

2399

2400

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

2401

Ablehnung

2402

2403

**Begründung:**

2404

Angesichts von 27 Millionen toten Sowjetmenschen und der ungeheuren Verwüstungen, die sogar von sowjetkritischen Historikern wie I. Deutscher als eine Gefahr für das biologische Überleben des Sowjetvolkes und der Existenz der UdSSR darstellten, ist die Aussage in Zeilen 172 das Minimum, was zu den Bedingungen der Ausgangspositionen des Systemkampfes zwischen Imperialismus und Sozialismus gesagt werden muss.

2405

2406

2407

2408

2409

2410

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

2411

2412

2413

2414

**Antrag Nr. LA062**

2415

**Antragsteller: GO Hamburg-Eimsbüttel**

2416

**Zeilen: 173**

2417

**Antragstext:**

2418

Ersatzlos streichen: „... und politisches...“

2419

2420

2421

**Begründung:**

2422

In dem Absatz wird beschrieben, dass es dem „sozialistischen Staatenbündnis gelingt, politisch, ökonomisch, militärisch und ideologisch eine Alternative zum kapitalistischen System zu entwickeln. Das ist sicherlich richtig beschrieben. Im darauffolgenden Satz aber heißt es: „Es (das sozialistische Staatenbündnis) erkämpft unter großen ökonomischen Anstrengungen ein militärisches und politisches Gleichgewicht zum Imperialismus.“

2423

2424

2425

2426

2427

Die hier vorgenommene Gleichsetzung der militärischen wie politischen Stärke suggeriert, dass das imperialistische System dem sozialistischen auch politisch ebenbürtig ist, und das kann nicht unsere Botschaft sein.

2428

2429

2430

2431

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

2432

Ablehnung

2433

2434

**Begründung:**

2435

Siehe Begründung: zur Empfehlung zu LA059. Es ging um den Kampf um das Gleichgewicht

auf militärischem und politischem Gebiet. Der LeitAntragstext: bietet keinerlei Anlass für die Spekulation der Antragsteller, dass hier einer irgendwie gearteten politischen Überlegenheit des Imperialismus das Wort geredet werde. Das spätere Ziel vom „Überholen ohne Einzuholen“ auf ökonomischem Gebiet war allerdings eine irri- 2436  
2437  
2438  
2439

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:** 2440  
2441

### **Antrag Nr. LA063**

**Antragsteller:** KMV Regensburg 2442  
2443

**Zeilen:** 178: 2444

**Antragstext:** 2445  
2446

Streichen: „Die Periode des Klassenkompromisses erreicht ihre Hochzeit.“ 2447  
2448

Stattdessen: „Die Bourgeoisie der imperialistischen Länder ist zu Zugeständnissen an die Arbeiterklasse gezwungen. Die Ideologie des Sozialdemokratismus verschleiert diese – „soziale Marktwirtschaft“ genannte – Bestechung, stärkt die Illusion des einkömmlichen Auskommens von Kapital und Arbeit und positioniert die Arbeiterklasse gegen den Sozialismus.“ 2449  
2450  
2451  
2452  
2453  
2454

**Begründung:** 2455

Unpräzise. Dauert die Hochzeit an? Gibt es da keine Steigerung mehr? 2456  
2457

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:** 2458  
2459

Annahme der Streichung, nicht aber der Ersetzung. 2460  
2461

**Begründung:** 2462

Im Original besteht bereits eine inhaltliche Doppelung, da die Hochzeit dieser Phase in Z.194 bereits umschrieben wird. 2463  
2464

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:** 2465  
2466  
2467

### **Antrag Nr. LA064**

**Antragsteller:** Gruppe Münster 2468  
2469

**Zeilen:** 178–179 2470

**Antragstext:** 2471  
2472

– Streichen und ersetzen durch: 2473  
2474

Die Periode der verstärkten opportunistischen Beeinflussung der Arbeiterklasse erreicht ihre Hochzeit. 2475  
2476  
2477

**Begründung:** 2478  
2479

Die im Leitantrag auf Zeile 178 u. 179 stehende Aussage gibt einer deutlichen Nähe zur reformistischen Ideologie Raum. 2480  
2481

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:** 2482  
2483

Ablehnung 2484  
2485

**Begründung:** 2486

Die AK ist der Meinung, dass bereits der Ursprungstext nicht reformistischen Vorstellungen Vorschub leistet. 2487  
2488

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:** 2489  
2490

2491

2492

2493

2494  
2495  
2496  
2497  
2498  
2499  
2500  
2501  
2502  
2503  
2504  
2505  
2506  
2507  
2508  
2509  
2510  
2511  
2512  
2513  
2514  
2515  
2516  
2517  
2518  
2519  
2520  
2521  
2522  
2523  
2524  
2525  
2526  
2527  
2528  
2529  
2530  
2531  
2532  
2533  
2534  
2535  
2536  
2537  
2538  
2539  
2540  
2541  
2542  
2543  
2544  
2545  
2546  
2547  
2548  
2549  
2550  
2551

### **Antrag Nr. LA065**

**Antragsteller: GO Stuttgart Nord**

**Zeilen: 181–183**

**Antragstext:**

S. 7 Z.181–183 Satz ergänzen:

Im Innern ist das herrschende Monopolkapital zu Zugeständnissen gezwungen. Die Arbeiterbewegung kann soziale und politische Reformen erkämpfen.“

**Begründung:**

Kürzer und klarer.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA056

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

### **Antrag Nr. LA066**

**Antragsteller: Gruppe Köln Innenstadt**

**Zeilen: 185–205**

**Antragstext:**

(ab Zeile 185: ...verringert sich,) Im Äußeren können die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung vorläufig durchgesetzt werden. Geprägt wird diese Periode durch den Kampf um die friedliche Koexistenz mit der Folge einer weitreichenden Beachtung des Völkerrechts, der Achtung der Unverletzlichkeit der Grenzen von Staaten, der Respektierung ihrer Souveränität, territorialen Integrität und Gleichberechtigung. Die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus schränkt den politischen und ökonomischen Handlungsspielraum des Imperialismus ein und verringert seine Möglichkeiten, den gesellschaftlichen Fortschritt mit Gewalt aufzuhalten. Das Kolonialsystem zerfällt. Zwar wird 1973 die Unidad Popular in Chile durch CIA und Faschisten weggeputscht, aber der Sieg der Völker Vietnams, Laos' und Kambodschas über den US-Imperialismus ist nicht mehr aufzuhalten.

In dieser Periode wird der Machtkampf und die ökonomische Konkurrenz der imperialistischen Staaten untereinander unter der Vorherrschaft der USA begrenzt. Der Freiheit des Finanzkapitals sind Grenzen gesetzt mit der Folge, dass das wirtschaftliche Wachstum hoch und die Arbeitslosigkeit relativ niedrig sind. Daher werden die Jahre 1945 bis 1975 nach den Worten von Eric Hobsbawm „die goldenen 30 Jahre des Kapitalismus“ genannt. Die Integrationskraft des monopolkapitalistischen Systems ist größer denn je. Illusionen über die Friedensfähigkeit des Imperialismus breiten sich aus. Die Ideologie der Sozialpartnerschaft durchdringt Gewerkschaften und Sozialdemokratie. (dann weiter im Text ab Zeile 207)

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Ablehnung

**Begründung:**

Die AK folgt durchaus vielen Argumenten der Antragsteller, beurteilt die Resultate der Politik der friedlichen Koexistenz aber weniger optimistisch. Die „Konterrevolution auf Filzlätschen“ (DDR-Außenminister Otto Winzer), die auch Teil dieser Strategie des Imperialismus war, wird zu sehr ausgeblendet.

Insgesamt sieht die AK aber keinen zusätzlichen Ergänzungs- oder Änderungsbedarf zu diesen Textstellen und den bereits dazu beschlossenen Ergänzungen.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**



**Antrag Nr. LA067**

**Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg**

**Zeilen: 188–189**

**Antragstext:**

Neu fassen wie folgt: Beides hat zur Folge, dass das wirtschaftliche Wachstum hoch und die Arbeitslosigkeit relativ niedrig sind.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Annahme

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

2552  
2553  
2554  
2555  
2556  
2557  
2558  
2559  
2560  
2561  
2562  
2563  
2564  
2565  
2566  
2567  
2568  
2569  
2570  
2571  
2572  
2573  
2574  
2575  
2576  
2577  
2578  
2579  
2580  
2581  
2582  
2583  
2584  
2585  
2586  
2587  
2588  
2589  
2590  
2591  
2592  
2593  
2594  
2595  
2596  
2597  
2598  
2599  
2600  
2601  
2602  
2603  
2604  
2605  
2606  
2607  
2608  
2609

**Antrag Nr. LA068**

**Antragsteller: WG Frankfurt Nordwest-Eschersheim**

**Zeilen: 198–203:**

**Antragstext:**

Veränderungen und neue Zusammenfassung:

In den regierenden kommunistischen Parteien wächst die Zuversicht, durch eine Politik der friedlichen Koexistenz Kriegsgefahren zu beseitigen, sowie soziale und ökologische Probleme weltweit leichter lösen zu können. Diese Haltung wird bestärkt durch die Stärke des sozialistischen Blocks, den Sieg über den US-Imperialismus in Vietnam, Laos und Kambodscha, die Befreiungskämpfe in Afrika, den Zerfall des Kolonialsystems sowie durch den Aufschwung der Arbeiter- und Studentenbewegung. Es entsteht der Eindruck, der Imperialismus habe in den 1970er Jahren einen Tiefpunkt seiner Geschichte erreicht.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Ablehnung

**Begründung:**

Wie die Geschichte gezeigt hat ging es nicht nur um „Zuversicht“, sondern tatsächlich um Illusionen. Dies bedeutet nicht, dass damit grundsätzlich die Politik der friedlichen Koexistenz, die auf Lenin zurückgeht, als falsch eingeschätzt wird. Hier geht es um die Feststellung einer falschen und illusionären Praxis und Unterschätzung der dauerhaften Aggressivität des Imperialismus.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA069**

**Antragsteller: LMV Berlin**

**Zeilen: 199–200:**

**Antragstext:**

Halbsatz „. und die falsche Hoffnung, sich dauerhaft mit ihm arrangieren zu können“ sollte ersetzt werden durch:

„und die Überzeugung, dass die Etappe des Übergangs zum Sozialismus unumkehrbar sei.“

**Begründung:**

Der Glaube an ein dauerhaftes Arrangement würde jeglicher Logik widersprechen und stimmt auch nicht mit den bekannten Aussagen der damals Verantwortlichen überein. Die ‚friedliche Koexistenz‘ ist eher als zeitweilige Strategie anzusehen.

2610 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

2611 Annahme

2612

2613

**Begründung:**

2614

2615

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

2616

2617

2618

2619

**Antrag Nr. LA070**

2620

**Antragsteller: BMV Hamburg**

2621

**Zeilen: 200–205**

2622

**Antragstext:**

2623

2624

Streichung „Diese Illusion wird [...] seiner Geschichte erreicht.“

2625

Anhängen des Satzes Z. 198–200 an den Absatz vorher.

2626

2627

**Begründung:**

2628

Die Siege, die hier aufgezählt werden, stellen keine Begründung: dar, weshalb sich die sozialistischen Staaten und Parteien mit dem Imperialismus arrangieren sollten. Es stellt eher die

2629

Begründung: für die Ansicht dar, nun habe man ihn fast.

2630

2631

2632

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

2633

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA069

2634

2635

**Begründung:**

2636

2637

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

2638

2639

2640

2641

**Antrag Nr. LA071**

2642

**Antragsteller: MV Kiel**

2643

**Zeilen: nach 205**

2644

**Antragstext:**

2645

nach Zeile 205: Antrag auf Einfügung:

2647

Gleichzeitig veränderten sich die ökonomischen Rahmenbedingungen in den sozialistischen Staaten, zunehmend wurden Formen von Gruppeneigentum gegenüber dem Staatseigentum

2648

gefördert. Gleichzeitig entwickelten sich auf der Grundlage realer objektiver Interessen, die aus diesen Prozessen entstanden, Gruppen von Personen, die Schluss mit dem Sozialismus

2649

machen wollten. Nach der Konterrevolution entstand aus ihnen eine Kapitalistenklasse.

2650

2651

2652

2653

2654

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

2655

Annahme mit Änderungen in Form einer Ergänzung:

2656

Gleichzeitig veränderten sich die ökonomischen Rahmenbedingungen in den sozialistischen Staaten, zunehmend wurden Formen von Gruppeneigentum gegenüber dem Staatseigentum

2657

gefördert. Gleichzeitig entwickelten sich auf der Grundlage realer objektiver Interessen, die aus diesen Prozessen entstanden, Gruppen von Personen, die Schluss mit dem Sozialismus

2658

machen wollten. Nach der Konterrevolution entstand aus ihnen eine neue Kapitalistenklasse.

2659

2660

2661

**Begründung:**

2662

Mit dem Attribut „neue“ soll klargestellt werden, dass es nicht um die falsche Behauptung von einer bereits vor der Konterrevolution herrschende Kapitalistenklasse geht.

2663

2664

2665

2666

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

2667

**Antrag Nr. LA072**

**Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg**

**Zeilen: 205**

**Antragstext:**

Neuen Satz 4 einfügen wie folgt: Dies fördert in vielen kommunistischen Parteien die Illusion, er sei prinzipiell friedensfähig.

**Begründung:**

Diese Desorientierung sollte hier erwähnt werden, weil sie durch unsere voreilige Siegesgewissheit begünstigt wurde und großen politischen Schaden angerichtet hat.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA069

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA073**

**Antragsteller: Gruppe Dortmund Nord**

**Zeilen: 207–242**

**Antragstext:**

Ersetzen durch:

„Die neoliberale Gegenreformation

In der vierten Etappe, Ende der 1970er Jahre setzen die staatsmonopolistischen Oligarchien wichtiger imperialistischer Länder schrittweise das sogenannte „neoliberale Modell“ als sozialreaktionären Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise 1974/75 durch. Ende der 70er wird der „Neoliberalismus“ zur Grundlage der offiziellen Wirtschaftspolitik in Großbritannien unter Margaret Thatcher und Anfang der 80er unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan auch in den USA.

Der Begriff des Neoliberalismus ist dabei durchaus irreführend, ist er doch weit entfernt nur eine Neuauflage des klassischen Liberalismus zu sein. Allgemein gebräuchlich und nach 40 Jahren mit seinen reaktionären Wirkungen konnotiert bezeichnet er den Wechsel zu einer in ihrem Kern offensiven, sozial-reaktionären Politik- und Herrschaftskonzeption. Neoliberalismus ist ein militantes ideologisch, kulturelles, mentales und politökonomisches Konzept zur Formierung der gesamten Gesellschaft in globalem Ausmaße unter den Verwertungsimperativ des Share-Holder Value, des Maximalprofits des Finanzkapitals. Der Begriff bezeichnet insofern die Ingangsetzung einer Gegenreformation, welche mit „religiösem“ Eifer den reformerischen Klassenkompromiss des New Deal und der Bretton-Woods-Regulierungen aufkündigt, innenpolitisch die Entdemokratisierung, Enthumanisierung und Entzivilisierung vorantreibt und außenpolitisch die offene Erpressung, die Aggression, den Interventionismus, den erklärtermaßen permanenten Krieg zum Maßstab des Handelns macht.

In diese Periode fallen zahlreiche Niederlagen der internationalen Arbeiterbewegung und der antiimperialistischen Kräfte, in denen die Errungenschaften der „Goldenen Jahre“ des Kapitalismus rückgängig gemacht werden. Kennzeichen sind die Erhöhung der Ausbeutungsrate, sinkende Durchschnittslöhne, steigende Erwerbslosigkeit besonders unter Jugendlichen, Armut und ansteigende Obdachlosigkeit, das Sinken des Rentenniveaus und die Einschränkung staatlicher Leistungen für Gesundheit und Erziehung, die Belastung der Armen mit Verbrauchssteuern bei Entlastung der Reichen durch Senkung ihrer Einkommensteuer und der praktischen Abschaffung der Erbschafts- und Vermögenssteuer. Der US-Multimilliardär und Finanzoligarch Warren Buffett brachte es auf den Punkt: „Es herrscht Klassenkampf, und meine Klasse gewinnt.“

2668  
2669  
2670  
2671  
2672  
2673  
2674  
2675  
2676  
2677  
2678  
2679  
2680  
2681  
2682  
2683  
2684  
2685  
2686  
2687  
2688  
2689  
2690  
2691  
2692  
2693  
2694  
2695  
2696  
2697  
2698  
2699  
2700  
2701  
2702  
2703  
2704  
2705  
2706  
2707  
2708  
2709  
2710  
2711  
2712  
2713  
2714  
2715  
2716  
2717  
2718  
2719  
2720  
2721  
2722  
2723  
2724  
2725

2726 Die politökonomische Strategie des Monopolkapitals subsummiert unter dem Begriff des Neo-  
2727 liberalismus besteht aus dem Dreiklang Deregulierung, Privatisierung und Schwächung der Ge-  
2728 werkschaften durch ihre Integration, den Abbau ihrer Rechte bis hin zu ihrer Zerschlagung. Das  
2729 führt zu einer brutalen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben.

2730 Die Folgen der ungehemmten Bereicherung sind in der staatlichen Infrastruktur und Daseins-  
2731 vorsorge besonders augenfällig. Die neoliberale Forderung nach Senkung der Steuerbelastung  
2732 und der „Staatsquote“ produziert eine politisch gewollte Überschuldung von Bund, Ländern  
2733 und Gemeinden. Unter dem so selbstgeschaffenen Sparzwang verfallen selbst in einem hoch-  
2734 entwickelten Land wie dem unseren, dessen wirtschaftlicher Erfolg von einer gut funktionie-  
2735 renden Verkehrsinfrastruktur abhängt, Straßen und Brücken, Schleusen und Kanäle, Bahnhöfe  
2736 und Schienentrassen, verwahrlosen der öffentliche Raum, Schulen und Hochschulen, gibt es  
2737 eine sachliche und personelle Unterausstattung der öffentlichen Verwaltungen. Eine Demont-  
2738 age von Kompetenz und Sachverstand, die einhergeht mit Korruption und der offenen Un-  
2739 terordnung des Gemeinwohls unter die Profitinteressen der Großunternehmen: exemplarisch  
2740 zu beobachten bei Stuttgart 21 und beim Berliner Flughafen BER. Die Exportoffensive der  
2741 Bundesrepublik wird möglich gemacht durch Niedriglöhne und Substanzverzehr. Im OPEC-  
2742 Vergleich zwischen 1999 und 2012 ist der Sparvizeweltmeister Deutschland das Land mit dem  
2743 zweitniedrigsten Wachstum der öffentlichen Ausgaben.

2744 Kommerzialisierung und Privatisierung – „Privat vor Staat“  
2745 Als Ausweg aus der „Investitionslücke“ im hohen zweistelligen Milliardenbereich wird die Pri-  
2746 vatisierung, nach dem Motto „Privat vor Staat“ angepriesen. Mit den absehbar asozialen und  
2747 in der Sache katastrophalen Ergebnissen. Die Verstaatlichungskonzepte mit der Herausbildung  
2748 des staatsmonopolistischen Kapitalismus hatten, ebenso wie die Regulierung des Finanzsektors,  
2749 den Sinn die Anarchie des Kapitalismus zumindest im Hinblick auf die für das kapitalistische Ge-  
2750 samtinteresse wichtigen Sektoren, teilweise profitschmälernd einzuhegen, um so die Funktions-  
2751 fähigkeit des Gesamtsystems zu stabilisieren. Mit dem Ende der Systemherausforderung ist nun  
2752 die ungehemmte Dominanz der Partialinteressen wieder zurückgekehrt. Immer weitere gesell-  
2753 schaftliche Bereiche werden dem ungebremsen Verwertungsinteresse des Kapitals unterworfen.

2754 So sorgt der Versuch, die Bahn von einem flächendeckenden, gesellschaftlichen Dienstleister  
2755 und prioritären verkehrspolitischen Steuerungsinstrument zu einem profitablen Unternehmen  
2756 für Privatinvestoren zu „verschlanken“, nach wie vor für eine verkehrspolitische Katastrophe.  
2757 Tägliche Verkehrsinfarkte, endlose Lastwagenkolonnen auf den Autobahnen, Feinstaub in den  
2758 Städten. Just-in-Time-Production, internationale „Wertschöpfungsketten“ und niedrige Fracht-  
2759 raten haben das Güterverkehrsaufkommen ebenso explodieren lassen wie die Auflösung stab-  
2760 iler Arbeitsverhältnisse, die „Mobilisierung und Flexibilisierung“, befristete und atypische Be-  
2761 schäftigung das Personenverkehrsaufkommen.

2762 Dazu kommen die staatlich sanktionierten, betrügerische Geschäftspraktiken der Autokonzer-  
2763 ne, die, wie beim „Dieselgate“, nicht einmal gewillt sind, die von ihnen selbst mitgestalteten  
2764 gesetzlichen Vorschriften einhalten. Nun soll auch das von den Bürgern schon finanzierte Au-  
2765 tobahnnetz den Verwertungsinteressen des Finanzkapitals unterworfen und von den Bürgern  
2766 ein zweites Mal finanziert werden. Mit staatlicher Profitgarantie. Ein ökologischer Umbau des  
2767 absurd dysfunktionalen und umweltzerstörerischen Verkehrssystems – der Straßenverkehr  
2768 produziert in Deutschland 20 Prozent der Klimagase – ist so immer weniger möglich.

2769 Die Kommerzialisierung und Privatisierung des Gesundheitssystems begann mit den „Gesund-  
2770 heitsreformen“ der 1980er Jahren mit Hilfe des Schreckgespenstes der Kostenexplosion. Auch  
2771 die Einführung der Pflegeversicherung als „Teilkaskoversicherung“ verbesserte zwar die finan-  
2772 zielle und sachliche Lage der meisten zu Pflegenden kaum, schuf aber einen lukrativen Markt  
2773 für zahllose private Anbieter. Das Gesundheitsstrukturgesetz (GSG) von 1992 schaffte mit der  
2774 Einführung der „Fallpauschalen“ das gemeinwohlorientierte Selbstkostendeckungsprinzip an  
2775 deutschen Krankenhäusern ab und ermöglichte gleichzeitig privaten Kapitalgesellschaften den  
2776 Einstieg in den so geschaffenen Krankenhausmarkt. Die Einführung des sogenannten DRG-Sys-  
2777 tems (Diagnosis-Related-Groups) 2004 brachte den endgültigen Durchbruch zum wachstums-  
2778 und profitorientierten Krankenhaus, das an einer Steigerung der Fallzahlen und der Fallschwere  
2779

sowie an Leistungsselektion (Herzchirurgie, Orthopädie) interessiert sein muss. Wenige Großkonzerne (Helios/Fresenius, Asklepios, Rhönklinikum...) beherrschen schon heute den Markt.	2784
	2785
	2786
Das GSG führte ebenso den „Marktwettbewerb“ zwischen den gesetzlichen Krankenkassen ein. Um dies möglich zu machen, wurde ein absurder wie komplexer „Risikostrukturausgleich“ (RSA) eingeführt. Anhand des sog. „Morbi-RSA“, der die Risikostruktur der Versicherten abbildet, werden Gelder zwischen den Krankenkassen hin und her transferiert. Damit ist der Versicherte endgültig ein individuell unterschiedliches Versicherungsrisiko, das es tendenziell zu drücken, bzw. zu selektieren gilt. Zwischen 1990 und 2012 hat dieser „Wettbewerb“ 90 Prozent der Krankenkassen vom „Gesundheitsmarkt“ gedrängt. Die Haie auf diesem Markt, die Internationalen Pharma-Konzerne scheffeln Superprofite. Bei einem Umsatz von 600 Mrd. Dollar brachten es die Top 30 der Branche in 2017 auf durchschnittlich 22 Prozent operativer Rendite. Wie in den USA führt die Profitorientierung monopolistischer, privater Anbieter auch hierzulande natürlich nicht zu besseren medizinisch-pflegerischen und ebenso wenig zu besseren ökonomischen Ergebnissen. Aber mit Sicherheit zu höheren Kosten. Nicht umsonst ist die US-Gesundheitsindustrie die mit Abstand teuerste der Welt.	2787
	2788
	2789
	2790
	2791
	2792
	2793
	2794
	2795
	2796
	2797
	2798
	2799
	2800
Die gesetzliche umlagefinanzierte Rente in der Bundesrepublik war ohnehin durch Ausnahmeregelungen für zahlreiche berufsständische Altersversorgungen für Selbstständige, Beamte und eine privilegierende Beitragsbemessungsgrenze in ihrer materiellen Basis stark geschwächt. Trotzdem setzte die Adenauer-Regierung 1957 im Kalten Krieg die bruttolohnbezogene Nettorente durch. Die Renten stiegen um mehr als 60 Prozent. Nach Ende des Kalten Krieg wurde dieses Zugeständnis umgehend kassiert. Mit der „Rentenreform“ vom 9. November 1989 wurde das Ziel der Lebensstandardsicherung durch das Ziel der Beitragsstabilität ersetzt. Seither steht die gesetzliche Alterssicherung unter „Reform“-Beschuss. Eine Verschlechterung jagt die nächste. Bisheriger Höhepunkt waren die „Rentenreformen“ unter den Sozialdemokraten Riester und Müntefering. Mit ihnen ist nicht nur die Einführung der nettolohnbezogenen Bruttorente, sondern auch die Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent bis 2030 und die Anhebung des seit 1916 gültigen Renteneintrittsalter auf 67 Jahre durchgesetzt worden. Im Gegenzug für die Ausplünderung der gesetzlichen Alterssicherung und der Abschaffung der paritätischen Finanzierung sind weite Teile der Alterssicherung dem Zugriff der Finanzspekulanten ausgeliefert worden. Zusammen mit dem schnell wachsenden Niedriglohnsektor, durch Teilzeitarbeit und Praktikum gebrochenen Erwerbsbiographien ist die Altersarmut für große Teile der arbeitenden Menschen vorprogrammiert.	2801
	2802
	2803
	2804
	2805
	2806
	2807
	2808
	2809
	2810
	2811
	2812
	2813
	2814
	2815
	2816
	2817
Die Wohnungsfrage – ein Ausdruck der „Unfähigkeit“ des kapitalistischen Systems, menschliche Grundbedürfnisse befriedigen zu können – ist längst wieder zu einer brennenden Existenzfrage für breite Bevölkerungsschichten geworden. Auf der Suche nach profitablen und teils vergleichsweise sicheren Anlagemöglichkeiten strömt das Kapital seit Jahren zunehmend auf die Wohnungsmärkte. Befördert durch die Abschaffung ehemals regulierter Teilbereiche der Wohnungswirtschaft, der sog. Wohnungsgemeinnützigkeit, dem Zurückfahren des „Sozialen Wohnungsbaus“ und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums an Wohnungen entfalten sich Spekulation und Mietpreistreiberei, betrieben v. a. durch Investmentfonds und Wohnungskonzerne. Gedeckt von den gesetzlichen Rahmenbedingungen findet eine gesellschaftliche Umverteilung in großem Maßstab zugunsten der Kapitaleinkommen statt, von der die Arbeiterklasse in besonderem Maße betroffen ist. Ihr Anteil an der gesellschaftlichen Produktion, der bereits im direkten Arbeitsverhältnis durch die Offensive des Kapitals zurückgedrängt wurde, wird zusätzlich beschnitten durch die Abpressung des Mietzinses und der Bodenpreise. Die Unterwerfung der Bodennutzung unter Profitabilitätskriterien führt zu Verdrängung, Segregation von Reich und Arm, Obdachlosigkeit und aufgrund der Räumlichkeit der Entwicklung zum Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe.	2818
	2819
	2820
	2821
	2822
	2823
	2824
	2825
	2826
	2827
	2828
	2829
	2830
	2831
	2832
	2833
	2834
Die Zurichtung der Bildungs- Schul- und Hochschulpolitik nach den Verwertungsinteressen des Finanzkapitals, der Versuch das „Humankapital“ des „Standorts“ Deutschland ausbeutungsoptimiert bereitzustellen, hat selbst in diesem, eigentlich reichen Land miserable Ergebnisse gebracht. Das typische Drei-Klassen-System ist keineswegs überwunden und reproduziert die soziale Spaltung in geradezu klassischer Weise. Nach einigen Reformbemühungen, in Folge des Sputnikschocks und der Grenzschießung der DDR, hat die neoliberale Gegenreform die alte soziale Undurchlässigkeit mit einer Konsequenz wiederhergestellt, die ihresgleichen sucht.	2835
	2836
	2837
	2838
	2839
	2840
	2841



2842 Der Reformansatz der Gesamtschulen als „Schule für alle“ ist in Konkurrenz zum Gymnasium,  
2843 als eine Art Gymnasium 2. Klasse stecken geblieben. Verschärfend kommt die miserable ma-  
2844 terielle und personelle Ausstattung hinzu. Allein der Sanierungsstau in der „Bildungsrepublik“  
2845 (Merkel) wird von der GEW mit 34 Mrd. Euro beziffert.

2846  
2847 Mit großen Versprechungen wurde Ende der 1990er Jahre der „Bologna-Prozess“ begonnen.  
2848 Es ginge den Verlautbarungen folgend um eine europaweite Harmonisierung der Studiengänge  
2849 und -abschlüsse, um eine Verringerung der Abbrecherquote durch gestufte Abschlüsse (Ba-  
2850 chelor, Master), um internationale Mobilität, um die Schaffung eines „Europäischen Hochschul-  
2851 raumes“ u. ä. Erreicht wurde so gut wie nichts davon, im Gegenteil. Die verschärfte Konkurrenz  
2852 unter den Hochschulen, die Ausrichtung auf „Beschäftigungsfähigkeit“ hat die Zahl der Stu-  
2853 diengänge explodieren lassen. Laut Hochschulrektorenkonferenz (HRK) an deutschen Hoch-  
2854 schulen auf 18.044 in 2016. Von Vergleichbarkeit und Mobilität kann bei einer derartigen dras-  
2855 tischen Atomisierung, Verschulung und Spezialisierung der Ausbildung keine Rede sein. Die  
2856 hohe Prüfungsbelastung durch das Leistungspunktesystem (ECTS), die miserablen materielle  
2857 und personelle Ausstattung der Hochschulen erzeugen hohe Abbrecherquoten, eine multiple  
2858 Überlastung mit häufigen Burn Out- und Depressions-Erscheinungen. politisches oder gesell-  
2859 schaftliches Engagement wird weitgehend verunmöglicht. Zusammen mit der unzureichenden  
2860 Studiumsfinanzierung und der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt reproduziert „Bo-  
2861 logna“ die soziale Selektion der Sekundarstufe auch im tertiären Bildungsbereich. Wer es sich  
2862 leisten kann, weicht in beiden Bereichen auf private Bildungseinrichtungen aus.

2863  
2864 Angriffe auf die Lohnarbeit: „Agenda 2010“, Hartz, die Absenkung des Lebensniveaus  
2865 Der Sozialdemokrat Gerhard Schröder rühmte sich auf dem Treffen des globalen Finanzadels,  
2866 in Davos, 2007, „wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Nied-  
2867 riglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.“ Und ganz in der Pose des diensteifrigen  
2868 Kalfaktors im Profitinteresse des Finanzkapitals: „Wir haben bei der Unterstützungszahlung  
2869 Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund gestellt.“ Im Klartext: Wir  
2870 haben die Zwangsarbeit eingeführt, damit Menschen – für Euch! – für einen Lohn schufteten, von  
2871 dem man nicht leben kann.

2872  
2873 Die Abschaffung, der am individuellen Einkommen orientierten Arbeitslosenhilfe und ihre Erset-  
2874 zung durch „Hartz IV“ bedeutet die Wende von einer, wenn auch unzureichenden, Sicherung  
2875 des individuellen Lebensstandards, hin zu einer auf die „Bedarfsgemeinschaft“ bezogene Si-  
2876 cherung des Existenzminimums. Bei derzeit rund einer Million Sanktionen pro Jahr und einer  
2877 völlig unzureichenden Definition des Regelbedarfs wird dieses Minimum in der Praxissystema-  
2878 tisch unterschritten.

2879 Das Hartz IV System ist aber nicht nur Grundlage massenweiser Verelendung und Verarmung,  
2880 es hat auch tiefgreifende psychologische wie ideologische Effekte. Die Stigmatisierung, Er-  
2881 niedrigung, Bevormundung und Kontrolle bis weit ins Private der Leistungsempfänger hinein,  
2882 gepaart mit einem System von oftmals nutzlosen, die Arbeitslosenstatistiken beschönigenden  
2883 „Maßnahmen“ führt zu gesellschaftlicher Ausgrenzung und auf Seiten der Betroffenen nicht  
2884 selten zu Hoffnungslosigkeit und Resignation.

2885  
2886 Die durch Hartz IV symbolisierte Bedrohung der eigenen gesellschaftlichen Existenz wirkt  
2887 ebenso massiv auf weite Teile der erwerbstätigen Bevölkerung. Die Gefahr des Arbeitsplatz-  
2888 verlustes, befördert durch die herbeigeführte Verschlechterung des Kündigungsschutzes und  
2889 weitreichender Befristungsmöglichkeiten in Kombination mit der Reduzierung der Bezugsdau-  
2890 er des Arbeitslosengelds, bedeutet heute für alle Beschäftigten, innerhalb kürzester Zeit den  
2891 materiellen und sozialen Abstieg zu erleben, bei dem neben dem gesamten persönlichen Ei-  
2892 gentum auch gesellschaftliche Teilhabe und Ansehen zur Disposition stehen. Die Botschaft  
2893 lautet: nimm jede Arbeit an, riskiere keinesfalls deinen Job, sonst wirst du teuer dafür bezahlen!

2894  
2895 Dieses perfide System, ein letztlich weitreichender Sieg des Kapitals über die Lohnarbeit, wur-  
2896 de federführend von der Sozialdemokratie (SPD/Grüne) eingeführt. Deren Führung legte nicht  
2897 nur den in der Vergangenheit Reform-orientierten Kurs mit einem vollständigen Wechsel auf die  
2898 Positionen des Neoliberalismus ad acta, ihr gelang es auch, sowohl die Parteibasis und noch  
2899 viel gravierender die Gewerkschaften faktisch auszuschalten. Die Gewerkschaftsführungen,



oftmals in enger Tuchfühlung mit der „eigenen Regierung“ sorgten vielmehr dafür, dass diese nicht zu sehr von Protesten in Bedrängnis gebracht wurde. Außer einigen eher symbolischen Aktionen des „Dampfablassens“ wurde kein nennenswerter Widerstand entwickelt. Diese Konstellation hat den konzeptionell-koo­rdinierten Widerstand – welcher ohnehin geschwächt durch die sozialpartnerschaftlichen Illusionen nun auch ohne den „Verhandlungspartner“ DDR auskommen muss – gegen den neoliberalen Frontalangriff bis heute paralysiert bis verunmöglicht.	2900 2901 2902 2903 2904 2905 2906
In der Folge konnten fast alle in der Bertelsmann-Stiftung und anderen Brain-Trusts des Finanzkapitals erdachten „Flexibilisierungs“- , „Mobilisierungs“- , „Deregulierungs“- , „Privatisierungs“- und all die übrigen nett klingenden Enteignungs-Konzepte durchgesetzt werden. Und es wurden Arbeitsverhältnisse möglich gemacht, die wenige Jahre vor Antritt der SPD geführten Agenda-Regierung manch einem noch als unvorstellbar gegolten hätten: Lange unbezahlte Praktika, selbst nach abgeschlossener Hochschulausbildung, Arbeitslohn von einem Euro in der Stunde, Minijobs, Pseudo-Selbstständigkeit (Ich-AG, Werkvertragsnehmer), die nur durch ein hohes Maß an Selbstausbeutung und Stützungsprogramme funktioniert.	2907 2908 2909 2910 2911 2912 2913 2914 2915
Die Büchse der Pandora, die Legalisierung von Leiharbeit (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG)) hatte bezeichnenderweise bereits die Regierung Brandt 1972 geöffnet. Zunächst mit zahlreichen Restriktionen versehen, wurde 2003 mit Hartz I auch das AÜG „liberalisiert“. Viele der Schutzbestimmungen wurden aufgehoben oder abgeschwächt: Wiedereinstellungsverbot, Befristungsverbot, Synchronisationsverbot, Überlassungsdauer. Zwar gilt weiterhin gesetzlich Equal Pay und Equal Treatment (Gleichbehandlung), doch kann durch Tarifvertrag davon abgewichen werden, was angesichts des Kräfteverhältnisses natürlich geschieht.	2916 2917 2918 2919 2920 2921 2922 2923
Selbst in den Stammwerken von hochprofitablen „Global Playern“ wie VW, dem „sozialdemokratischen Musterbetrieb“ mit einer Landesbeteiligung von 20 Prozent, hat sich auf dieser Grundlage unter den Beschäftigten eine wohlkalkulierte Mehrklassengesellschaft entwickelt. Diese unterläuft nicht nur gezielt das Prinzip „Equal Pay“ gleicher Lohn für gleiche Arbeit, sondern sie hat auch einerseits das disziplinierende Streben befeuert, doch noch zur auserwählten Schaar der Stammebelegschaft zu gehören, und andererseits das Bewusstsein einer „Arbeiteraristokratie“ stabilisiert, die sich selbst in neoliberalen Zeiten, noch mit „ihrem“ Betrieb identifiziert und die Unternehmenspolitik im Wesentlichen Co-Management-mäßig mitträgt.	2924 2925 2926 2927 2928 2929 2930 2931 2932
Die aus Sicht des Kapitals erfolgreichen Veränderungen der Arbeitsverhältnisse und Sozialsystems haben ökonomisch gravierende Auswirkungen, die in besonderer Weise in der über die letzten Jahrzehnte sinkenden Lohnquote sowie den stagnierenden Reallöhnen einerseits und den explosionsartig steigenden Unternehmens- und Vermögenseinkommen andererseits zum Ausdruck kommt. Der Kampf um den Wert der Ware Arbeitskraft wurde auf großem Felde für die Arbeiterklasse verloren.	2933 2934 2935 2936 2937 2938 2939
Das alte kapitalistische Prinzip des „Hire and Fire“ zusammen mit einer demütigenden und repressiven Sozialgesetzgebung und der systematischen Austrocknung der Rentenkassen haben selbst in den kapitalistischen Zentren materielle und berufliche Unsicherheit, Überschuldung, Armut und Altersarmut, Zukunftsängste und psychische Überlastung zum prägenden Charakteristikum der Gesellschaft werden lassen.	2940 2941 2942 2943 2944 2945
Die Zerstörung der Vernunft	2946
Die brutale Wirklichkeit der geostrategischen Interventionskriege, die zynische Inhumanität der neoliberalen Wirklichkeit spiegelt sich nicht nur in der herrschenden Unterhaltungs- und Kulturindustrie. Sie formt auch das Miteinander der Menschen, ihre mentalen und ideologischen Einstellungen und wirkt somit, nicht selten den Prozess der Entzivilisierung verstärkend, auf diese Wirklichkeit zurück.	2947 2948 2949 2950 2951 2952
Die Brutalität der zahllosen Kriegs-, Action-, Splatter- und Horrorfilme, der Ego-Shooter-Games spricht für sich. Die bombastischen Supermen und Superwomen, die alles in Klump hauen, was sich den Guten entgegenstellt, sind das naive Selbst- und Vorbild der Bellizisten von Donald Trump bis Claudia Roth. Der Selbstoptimierungsimperativ wird popularisiert durch die zahllosen Dschungel- und Castingshows, in denen Menschen auch noch der letzte Rest	2953 2954 2955 2956 2957

2958 von Würde genommen wird. Das notwendige Pendant ist eine verbissene Gute-Laune-Sauf-  
 2959 und Schunkel-Produktion, die immer „Gut drauf“ ist, auch wenn „alles in Scherben fällt“. Zwi-  
 2960 schendurch sorgen unzählige Kommissare und Kommissarinnen dafür, dass das Gute am Ende  
 2961 siegt, und der erschreckte Kleinbürger doch noch gut schlafen kann. Das Schwanken zwischen  
 2962 romantisierender Realitätsflucht und fatalistisch-ahnender Dystopie reflektiert die neoliberale  
 2963 Wirklichkeit, in der die Familienidylle als die letzte sichere Zuflucht erscheint.

2964  
 2965 So wie die Jesuiten der Orden der Gegenreformation und Gegenaufklärung waren, ist heute  
 2966 der „Qualitätsjournalismus“ die skrupel- wie bedingungslos ergebene Sturmtruppe der unge-  
 2967 hemmten Bereicherung der 0,1 Prozent. Die von wenigen Milliardären kontrollierte Bewusst-  
 2968 seins- und Meinungsindustrie, aber auch und gerade die öffentlich-rechtlichen Medien bilden  
 2969 eine Art freiwilliger Reichspressekammer, die abweichende Meinungen und Positionen nur noch  
 2970 im Detail zulässt. Der öffentlich inszenierte Streit in Talkshows und ähnlichen Einrichtungen des  
 2971 Politainments ist ein Streit um Belanglosigkeiten, der in der Konsequenz nur der Verfestigung  
 2972 der neoliberalen und interventionistischen Dogmen dient.

2973  
 2974 Die bürgerliche Kultur- und Ideologieproduktion ist einen langen Weg der „Zerstörung der Ver-  
 2975 nunft“ gegangen. Vom „Ausgang des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“  
 2976 (Kant), der Deklaration universaler Menschenrechte, über die romantische Verklärung des Gest-  
 2977 rigen, hin zu jenem Rassismus und Chauvinismus, in dem sich das große Schlachten der imperi-  
 2978 alistischen Weltkriege schon ankündigte und die in den rassistischen und antikommunistischen  
 2979 Ausrottungsprogrammen des deutschen Faschismus ihren barbarischen Höhepunkt fanden.

2980  
 2981 Statt einer Rückkehr zu Vernunft und Frieden prägte die Gesellschaft nach 1945 die kollektive  
 2982 Verdrängung, die im Kalten Krieg gegen „den Russen“ wieder kriegswichtigen alten Kameraden  
 2983 im Frontstaat Bundesrepublik, das „Wir sind wieder wer“ des Nachkriegsidylls. Eine durch den  
 2984 „american way of life“ gestützte antikommunistische Selbstgerechtigkeit und Selbstzufrieden-  
 2985 heit, die auch durch die „68er“ alles andere als „gründlich zivilisiert“ wurde, der aber das tiefe  
 2986 Gefühl, nun zu den Guten der Geschichte zu gehören, eingepflanzt wurde. Ein Sendungsbe-  
 2987 wusstsein, mit dem der US-Imperialismus schon seit mehr als 100 Jahren seine Kriege bestreitet  
 2988 und das im „Responsibility to Protect“-Interventionismus (R2P) seine aktuelle Ausformung findet.

2989  
 2990 Mit der sich abzeichnenden Niederlage des Sozialismus erhob sich für die bürgerlichen Ideolo-  
 2991 gen die Frage, was denn die siegreiche neoliberale Gegenreform anzubieten habe. Die zynische  
 2992 Antwort der Postmoderne lautet schlicht: Nichts. Nur die Verkündung vom „Ende der großen  
 2993 Erzählungen“, die Große Beliebigkeit. Es gibt nicht Nietzsches „Umwertung aller Werte“, sondern  
 2994 die Absage an alle Werte. Es bleibt nicht einmal die Fähigkeit zur Welterkenntnis. Nur die fata-  
 2995 listische „Fähigkeit das Inkommensurable (Unvergleichbare, Irrationale) zu ertragen“ (Lyotard).

2996  
 2997 Dieser Rücknahme des Emanzipationsanspruchs ist die Humanität und Solidarität der „zwei-  
 2998 ten Kultur“ (Lenin) entgegenzusetzen, der Wiederaufrichtung der Vernunft, jenes kategorischen  
 2999 Imperativs, wonach alle Verhältnisse umzuwerfen sind, „in denen der Mensch ein erniedrigtes,  
 3000 ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx).“

3001  
 3002 **Begründung:**  
 3003 Der Neoliberalismus ist weit mehr als nur eine ökonomische Strategie. Die strategische Auf-  
 3004 kündigung des Klassenkompromisses, des „New Deal“, der offene Sozialdarwinismus und die  
 3005 unverblümete geostrategische Interventionspolitik haben dramatische Konsequenzen für alle  
 3006 Lebensbereiche bis in die Kultur- und Bewusstseinsproduktion und die Zwischenmenschlich-  
 3007 keit. Uns erschien es erforderlich, den Komplex „neoliberale Gegenreformation“, als das den  
 3008 Imperialismus seit Ende der 1970er Jahre prägendste und zugleich umfassendste Formie-  
 3009 rungs- und Verwertungskonzept, in seinen wesentlichen (natürlich nicht vollständigen) Aspek-  
 3010 ten zumindest anzureißen. Wir haben versucht, die wichtigsten Widerspruchs- und Konfliktfel-  
 3011 der und damit ihre Bedeutung für jetzige und zukünftige Widerstandsentwicklung aufzuzeigen.  
 3012 Dies erschien uns im PV-Antrag in Relation zur gesellschaftlichen Relevanz deutlich zu wenig  
 3013 entwickelt. Das wiederum erforderte eine umfassende Neuformulierung in Anknüpfung an den  
 3014 Abschnitt des Leitantrags, der nun die Unterabschnitte Staatsverschuldung/Infrastrukturverfall,  
 3015 Gesundheitssystem, Altersversorgung, Wohnungsnot, Bildungs- und Schulpolitik enthält und

sich danach der Agenda 2010, der Absenkung des Lebensniveaus sowie der imperialistischen Kultur- und Bewusstseinsproduktion widmet.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

- Ablehnung der Einfügung der neuen Zwischenüberschrift
- Annahme des Kerngedankens zum Stichwort „Neoliberalismus“

Ab Zeile 214 heißt es dann:

„Der Begriff des Neoliberalismus ist dabei durchaus irreführend, ist er doch weit entfernt nur eine Neuauflage des klassischen Liberalismus zu sein. Allgemein gebräuchlich und nach 40 Jahren mit seinen reaktionären Wirkungen konnotiert bezeichnet er den Wechsel zu einer in ihrem Kern offensiven, sozial-reaktionären Politik- und Herrschaftskonzeption. Diese Strategievarianten des Monopolkapitals ...“

**Begründung:**

Die AK ist der Auffassung, dass die Systematik des Gesamtabschnittes zu den „Etappen des Imperialismus“ beibehalten werden muss und der „Neoliberalismus nicht davon abgekoppelt wird, zumal auch die Antragsteller richtiger Weise die falsche Entkoppelung dieser Strategievariante von seiner monopolkapitalistischen Basis nicht vornehmen.

Die seitenweisen Ausführungen zum Stichwort „Neoliberalismus“ sprengen jeglichen Rahmen des Leitantrages. Sie können als Arbeitsmaterial für die geplanten weiteren Diskussionen über die Strategie der DKP bzw. im Rahmen auch einer künftigen Bearbeitung des Parteiprogramms als Hintergrundmaterial genutzt werden.

Im Übrigen vertritt auch der Originaltext des Leitantrages keinesfalls die Auffassung, dass diese Strategievariante, deren sozialreaktionärer Charakter explizit hervorgehoben wird, „nur“ die Variante einer ökonomischen Strategie darstellt. (Zeile 214: Es ist „der Wechsel zu einer im Kern offensiven sozialreaktionären Politik- und Herrschaftskonzeption.“)

Daher berührt die als Kritik am Leitantrag formulierte so extensive und ausführliche Argumentation in einem wichtigen Argumentationsstrang den Entwurf gar nicht.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA074**

**Antragsteller: LMV Berlin**

**Zeilen: 207–219:**

**Antragstext:**

Durchsetzung der Strategie des Neoliberalismus:

Umformulierung ab Zeile 218 (hinter ‚Zerschlagung‘):

Voraussetzung dafür, dass die Monopolbourgeoisie die Strategie des Neoliberalismus umsetzen kann, ist die bereits stark eingeschränkte Fähigkeit der Arbeiterbewegung, dem Widerstand entgegenzusetzen. Folge der Durchsetzung dieser Strategie ist eine immer stärkere Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von „unten“ nach „oben“.

**Begründung:**

Im Entwurf fehlt eine wichtige Voraussetzung, die den ‚Neoliberalismus‘ aus Sicht der Bourgeoisie ermöglicht hat – die inzwischen fortgeschrittene Schwächung der Arbeiterbewegung.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme**

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

3016  
3017  
3018  
3019  
3020  
3021  
3022  
3023  
3024  
3025  
3026  
3027  
3028  
3029  
3030  
3031  
3032  
3033  
3034  
3035  
3036  
3037  
3038  
3039  
3040  
3041  
3042  
3043  
3044  
3045  
3046  
3047  
3048  
3049  
3050  
3051  
3052  
3053  
3054  
3055  
3056  
3057  
3058  
3059  
3060  
3061  
3062  
3063  
3064  
3065  
3066  
3067  
3068  
3069  
3070  
3071  
3072  
3073

3074  
3075  
3076  
3077  
3078  
3079  
3080  
3081  
3082  
3083  
3084  
3085  
3086  
3087  
3088  
3089  
3090  
3091  
3092  
3093  
3094  
3095  
3096  
3097  
3098  
3099  
3100  
3101  
3102  
3103  
3104  
3105  
3106  
3107  
3108  
3109  
3110  
3111  
3112  
3113  
3114  
3115  
3116  
3117  
3118  
3119  
3120  
3121  
3122  
3123  
3124  
3125  
3126  
3127  
3128  
3129  
3130  
3131

### **Antrag Nr. LA075**

**Antragsteller: BMV Hamburg**

**Zeilen: 207–219**

**Antragstext:**

Anhängen nach 207–219:

„Die Kapitalisten in der 4. Periode konnten damals auf das >Zuckerbrot< für große Teile der Arbeiterklasse verzichten: Es begann sich die ökonomische und politische Stagnation in den sozialistischen Ländern deutlich zu zeigen. So verloren diese schon vor ihrem Untergang ihre für die Kapitalisten bedrohliche Perspektive als Vorbild für die Arbeiterklassen der Hauptländer im Kapitalismus.“

**Begründung:**

Die Älteren erinnern sich noch an die Kampagne gegen die NATO – „Nachrüstung“ 1982–83. Damals wollten die Massen in der Bundesrepublik nicht für die NATO und die „westliche Freiheit“ verheizt werden. Wir erreichten unseren höchsten Einfluss, indem wir tatkräftig bis führend an den 5 Millionen Unterschriften für den Krefelder Appell mit sammelten. Aber die Massen wollten auch keinen Sozialismus, so wie er war oder ihnen vermittelt wurde. So sehr unser Einsatz gegen die „Nachrüstung“ anerkannt wurde, blieben unsere Wahlergebnisse weit unter 1%.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Ablehnung

**Begründung:**

Die inneren Probleme des realen Sozialismus sind bereits abgehandelt.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

### **Antrag Nr. LA076**

**Antragsteller: GO Stuttgart Nord**

**Zeilen: 214–215**

**Antragstext:**

Satz ersetzen durch: Der Neoliberalismus ist der ideologische Nebelvorhang hinter dem sich eine in ihrem Kern offensiv sozial-reaktionäre Politik- und Herrschaftskonzeption verbirgt.

**Begründung:**

Genauere Formulierung der ideologischen Rolle, die das Monopolkapital mit der Erfindung des Neoliberalismus beabsichtigt hat.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA073

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA077**

**Antragsteller:** GO Stuttgart Süd

**Zeilen:** 214–215

**Antragstext:**

Zeilen ändern in: Der Neoliberalismus ist der Wechsel zu einer in ihrem Kern noch offensiveren sozial-reaktionären Politik- und Herrschaftskonzeption.

**Begründung:**

Aus der Perspektive von Kommunisten, heute, ist der Kapitalismus an sich eine sozial-reaktionäre Politik- und Herrschaftskonzeption, die der Neoliberalismus nur noch weiter verschärft.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA073

**Begründung:**

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA078**

**Antragsteller:** KMV Regensburg

**Zeilen:** 218:

**Antragstext:**

Streichen: „Das führt zu einer brutalen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben.“

**Begründung:**

Floskelhaft („brutal“) und unpräzise und an dieser Stelle überflüssig. Um was es geht kommt im nächsten Absatz.

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

Ablehnung.

**Begründung:**

Der besonders sozialreaktionäre Charakter des „Neoliberalismus“ wird mit dem Attribut „brutal“ richtig getroffen.

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

**Antrag Nr. LA079**

**Antragsteller:** GO Stuttgart Süd

**Zeilen:** 218/219

**Antragstext:**

Zeilen ändern in:

Das führt zu einer noch brutaleren Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben.

**Begründung:**

Das System des Kapitalismus ist das System der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Umverteilung von unten nach oben. Der Neoliberalismus führt also zu einer weiteren Verschärfung des dem System Kapitalismus zugrundeliegenden Prinzips.

Auch schon vorher hat im Kapitalismus eine Ausbeutung der Arbeiterklasse und Umverteilung

3132  
3133  
3134  
3135  
3136  
3137  
3138  
3139  
3140  
3141  
3142  
3143  
3144  
3145  
3146  
3147  
3148  
3149  
3150  
3151  
3152  
3153  
3154  
3155  
3156  
3157  
3158  
3159  
3160  
3161  
3162  
3163  
3164  
3165  
3166  
3167  
3168  
3169  
3170  
3171  
3172  
3173  
3174  
3175  
3176  
3177  
3178  
3179  
3180  
3181  
3182  
3183  
3184  
3185  
3186  
3187  
3188  
3189

3190 stattgefunden.

3191

3192

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

3193

Erledigt mit Annahme der Empfehlung der AK zu LA074

3194

3195

Ablehnung

3196

3197

**Begründung:**

3198

3199

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

3200

3201

3202

**Antrag Nr. LA080**

3203

**Antragsteller: Gruppe Münster**

3204

**Zeilen: 227**

3205

**Antragstext:**

3206

3207

Ergänzung in Zeile 227: „... Gesundheit, Bildung und Erziehung ...“

3208

3209

3210

**Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

3211

Annahme

3212

3213

**Begründung:**

3214

3215

**Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**